

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk., einschließlich Trägertlohn. In den Abbestellstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die halbkolorierte Beilage 20 Pfg., für auswärtig 30 Pfg., die 8 gekolorierte Beilage 60 Pfg. Anzeigen mit Wohnungsangelegenheiten 10 Pfg. Anzeigen mit Wohnungsangelegenheiten werden besonders berechnet.
Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modezeitung

Nr. 77

Danzig, Donnerstag den 4. Juni 1914

5. Jahrgang

Die Katastrophe im Lorenz-Strom und die kapitalistische Moral

Von J. Karstl.

Wieder hat eine entsetzliche Katastrophe zur See die Welt in Schrecken gesetzt: der Atem stockt bei der Kunde von dem furchtbaren Unglück. Die Zeitungen erfüllen die traurige Pflicht alles zu berichten, was irgend an Nachrichten aus dem fernen Kanada zu erhalten ist und die ganze Kulturwelt ist einig in der Trauer um die Opfer an Menschenleben. Aber wer die kapitalistische Moral in ihrer ganzen Schönheit erkennen will, tut gut daran bei solchen Anlässen auch einen Blick in den Handelsteil der großen Blätter zu werfen. Man findet dann, daß die Börse, das Herz der kapitalistischen Gesellschaft, in anderer Weise auf solche Katastrophen reagiert. Sehen wir zu, wie sich das im gegebenen Falle äußerte.

Der gestaute Dampfer *Empress of Ireland* gehört der großen Gesellschaft, die den Eisenbahnverkehr in Kanada monopolisiert hat. Es war ein stolzes Schiff von 14 000 Registertons; seine Maschinen konnten 18 500 Pferdekräfte entwickeln und das Schiff mit 20 Knoten Geschwindigkeit pro Stunde durch den Ozean jagen. Es war ein Kapital von vielen Millionen Mark, das da zerstört wurde. Das Schiff war natürlich versichert, die Ladung auch. Verluste sind entstanden. Die Börse fragt nach der Bilanz der Katastrophe, und während andere Menschen erschüttert an das namenlos furchtbare denken, das viele hundert von Familien betroffen hat, während sie grauenhaft an die Schreckensszenen denken, gilt es für die Börse mit dem Bleistift in der Hand die Chancen zu berechnen für „Soll und Haben“ für Gewinn und Verlust. Rührt und gerissen wird kalkuliert. — Die *Canada Pacific Company* hat ein Schiff verloren. Es ist zu erwarten, daß die Katastrophe in der nächsten Zeit die Wirkung haben wird, den Verkehr auf den Eisenbahnen der Gesellschaft einzuschränken. 3,5 Millionen Dollar war die Einnahme im Juni vergangenen Jahres; um wieviel wird sie jetzt zurückgehen? wie wird sich der Rückgang in der im Juli fälligen Dividende äußern? Resultat des Kalküls: *Canada Pacific* Aktien sinken um 1,25 Prozent am Kurse. Gewinn — Verlust, der nächste Monat wird es zeigen. — Das Schiff war versichert. Die große englische Versicherungsgesellschaft *Lloyd* hat die Versicherung übernommen. Es gehört zum Geschäft des *Lloyd* solches Risiko zu tragen. Man kalkuliert dort sicher und kühl. Vier pro Tausend ist der Prämienfuß; so und so viel Schiffe gehen jährlich verloren; das Risiko ist im Voraus ungefähr zu berechnen. Aber ein so großer Verlust wie in der letzten Zeit! Das Jahresresultat. Die Börse hat Grund, die Chancen des laufenden Jahres ungünstig zu beurteilen. Dabei waren die ersten Meldungen verworren. Ein Kabeltelegramm meldete den Untergang des Schiffes, aber nach nicht die Ursache. Von einem Zusammenstoß mit einem Eisberge war im ersten Moment die Rede an der Londoner Börse. Schwimmende Eisberge können auch andere Schiffe, die zwischen Nordamerika und Europa schwimmen, gefährden. Das würde noch weitere gewaltige Verluste für den Lloyd bedeuten. Hinab mit den Kursen! Die weiteren Nachrichten laufen ein: Zusammenstoß bei der Ausfahrt auf dem Lorenz-Strome mit einem anderen Schiff. Also keine Eisberggefahr, die Chancen sind nicht ganz so schlecht; hinaus mit dem Kurse. Verlust — Gewinn? Der Monat wird es zeigen.

Noch eine andere Praxis hat die Londoner Börse. Sie handelt auch mit Policen. Schiffe und Ladungen sind versichert und beim Verlust wird die Versicherungssumme dem ausgezahlt, der die Police in Händen hat. Der Versicherer wartet aber nicht immer, bis das Schiff im Hafen, die Ladung gelöscht, somit die Gefahr vorüber ist. Er hat die Versicherungsprämie gezahlt, kommt das Schiff glücklich an, dann sind die 4 pro Tausend umsonst gezahlt. Braucht er Geld, so sucht er die Police zu verkaufen. Er riskiert dabei, daß im Falle eines Unglücks der Verlust ihn trifft, während die Versicherungsgesellschaft die Versicherungssumme an den zahlt, der die Police von ihm kaufte. So ist der Handel mit dem Risiko ein reguläres Geschäft geworden. Dabei wechselt der Einsatz fortwährend: wenn das Schiff eben ausgeliefert ist, also die ganze Reise vor sich hat, ist das Risiko natürlich am größten; wenn sich das Schiff bereits dem Bestimmungshafen nähert, ist die Gefahr zum Teil überstanden. Für die Käufer von Policen besteht die Chance darin, daß das Schiff untergeht, denn nur dann erhält die Police Wert. Nach dieser Chance berechnen sie den Preis. — Die *Empress of Ireland* war eben erst ausgeliefert, als sie von der Katastrophe erreicht wurde. Daher war wohl die Zahl der bereits verkauften Policen über versicherte Ladungen an Bord dieses Schiffes nicht groß. Aber immerhin entwickelte sich, wie die Zeitungen

melden, eine stürmische Haufe in diesen Policen: die Versicherer, die die Policen verkauft hatten, suchten sie zurückzukaufen; auch die Versicherungsgesellschaften kauften, denn wenn sie die Policen in Händen haben, brauchen sie ja die Versicherungssumme nicht auszuzahlen. Dabei war man sich im ersten Moment nicht klar, ob nicht vielleicht doch noch das Schiff auf den Strand geworfen, die Ladung gerettet wurde. — Jenes Gerücht über Eisberge bewirkte aber auch, daß die Nachfrage nach Policen über Schiffsladungen, die sich in der Gefahrzone befanden, rapid stieg. Die Börse „machte“ in Schiffskatastrophen! Eine Anzahl Leute war daran interessiert, daß die Schiffe zu Grunde gehen, damit sie die Versicherungssummen einstreichen können.

So wurde die Katastrophe im Lorenz-Strom zum Objekt kapitalistischer Spekulation. Tausend Menschenleben hat das Verderben bringende Element vernichtet; an der Börse verreckt man seelenruhig Pfund und Schillinge, Gewinn — Verlust . . .

Der Versicherung liegt ein tiefer sozialer Gedanke zu Grunde. Der materielle Verlust, der bei Unglücksfällen den Einzelnen trifft, wird verteilt auf Viele, auf die Allgemeinheit. Die kapitalistische Gesellschaft bringt es fertig auch diesen idealen Gedanken zu korrumpieren. Die Versicherung ist ein kapitalistisches Geschäft geworden und dieses Geschäft artet dahin aus, daß erschütternde Katastrophen für Einzelne zum Quell des Gewinns werden.

Ein legitimes Geschäft ist es. Der Mann, der an der Börse bei der Kunde von einer Katastrophe alsbald Herr seiner Nerven wird und kühl die Chancen berechnet ist nicht etwa ein moralisches Ungeheuer, sondern er ist einfach der Typus des Kapitalisten, der alles in der Welt vom Standpunkt der reinen Profitinteressen beurteilt, für den sich alle Probleme der Welt auflösen in der Frage: wieviel Prozent Gewinn, wieviel Prozent Verlust?

Aber gerade, daß das ein normales Geschäft ist, das eine Katastrophe zum Gegenstand des legitimen Geschäftes werden kann, zeigt uns furchtbarer Deutlichkeit, welche abgrundtiefe Scheußlichkeit in dem kapitalistischen Getriebe liegt. Eine Gesellschaftsordnung, die solche Ungeheuerlichkeiten, solche Vergewaltigungen der menschlichen Natur zeitigt, ist wert, daß sie zu Grunde geht.

Der Rücktritt des Ministeriums Doumergue

Am Pfingstmontag trat das französische Ministerium Doumergue zurück; Herr Doumergue war überzeugt, in der Deputiertenkammer keine Mehrheit zu finden. Er hat es deshalb nicht darauf ankommen lassen wollen, von der neu gewählten Kammer gestützt zu werden. Doumergue ist zwar für die Besteuerung hoher Einkommen unter Einführung der Pflicht zur Selbstbesteuerung bei harter Strafe, aber er ist auch für die dreijährige Dienstzeit. Für ein solches Programm glaubt Doumergue keine Majorität erwarten zu können.

Die rechtsstehenden Politiker hoffen eine Mehrheit gegen die Einkommensteuer und für die dreijährige Dienstzeit erzielen zu können; die Linke rechnet auf Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und Einschränkung der Einkommensteuer. Die einen hoffen eine knappe Mehrheit der Rechten, die anderen eine knappe Mehrheit der Linken zusammenzubringen.

Der Präsident der Republik, Herr Poincaré, der selbst sehr weit rechts steht, hat einstweilen den Radikalen Viviani mit der Kabinettsbildung betraut. Am zweiten Pfingstfeiertag hielt der Präsident Poincaré in Rennes eine Ansprache an die Turner, worin er die Notwendigkeit starker Effektbelohnungen und rascher Mobilisierung betonte und durch dergleichen Anspielungen mehr seine Hörer veranlaßte, ein Hoch auf die dreijährige Dienstzeit auszubringen. Viviani indeß hat als Abgeordneter gegen die dreijährige Dienstzeit gestimmt. Es ist aber noch ganz ungewiß, ob es Viviani gelingen wird, ein Ministerium zusammenzubringen.

Unsere Genossen beschloßen, kein Ministerium zu unterstützen, zu dessen Programm nicht die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit gehört.

Die „republikanisch-sozialistische Gruppe“, der die Radikalen, die Radikalsocialisten, die Sozialistisch-Republikaner und die Unabhängigen Sozialisten angehören (sämtlich bürgerliche Parteien, bei denen das Wort „Sozialismus“ nichts als eben ein tönendes Wort bedeutet) beschloß, eine solche Regierung zu unterstützen, die für folgendes Programm eintreten wolle:

1. für Maßnahmen, welche möglichst bald eine Rückkehr zum Zweijährigesystem gestatten werden.
2. für eine Steuerreform durch Einführung der progressiven Einkommensteuer und Bekämpfung der außerordentlichen Ausgaben durch eine progressive Kapitalsteuer und

3. für einen energischen Schutz der Verwittung auf allen Gebieten.

Der dritte Punkt bedeutet eine entschiedene Stellungnahme gegen den Merkantilismus.

Am zweiten Pfingstfeiertag trat die neu gewählte Kammer zusammen und wählte Herrn Deschanel zum Präsidenten, während unsere Genossen für den Genossen Bailant stimmten.

Rücktritt des Fürsten von Albanien?

Aus Rom wird folgende amüsante Mitteilung verbreitet:

Wie in hiesigen amtlichen Kreisen verlautet, kann der Rücktritt des Fürsten Wilhelm von Albanien nur noch eine Frage der Zeit sein. Wie es heißt, kann es als ausgeschlossen betrachtet werden, daß nach den bisherigen Ereignissen jemals festgesetzte (b. v. gekürzte) Verhältnisse in Albanien eintreten, solange Fürst Wilhelm auf dem Thron bleibt. Dies habe man an maßgebender Stelle in Rom und in Wien auch bereits eingesehen und Fürst Wilhelm soll jetzt provisorisch nur noch für die Zeit gehalten werden, bis man sich auf einen geeigneten Nachfolger geeinigt habe. Fürst Wilhelm selbst soll sich gleichfalls mit einer ehrenvollen Abkündigung einverstanden erklärt haben.

Vor zwanzig Jahren trat in einer Vorstadt von Berlin eine Schenkwirtschaft auf, ein Berühmter, der unter dem Namen „der urkomische Wendig“ weitestgehenden Ruf genoss. Der „Fürst“ von Albanien, der „Abrek“ (wie der Titel auf albanisch lautet), Wilhelm der Aengstliche, dürfte an Komik jenem beliebtesten Berliner nicht nachstehen. Man denke nur: majestätisch eilt Wilhelm der Kühne von Neu-Wied nach Durazzo, um als Alleinherrscher, ein moderner Cäsar, lapfer das Land zu regieren. Mit derselben Hebeapoche mit der Julius Cäsar einst den Rubicon an der Spitze seines Heeres überschritt, stürzte sich Fürst Wilhelm, bewaffnet mit einem Rundschleier, in den Duguszog und fuhr beglückt durch Halbeuropa. Vorher hatte er sich für den Fall, daß die Sache in Albanien schief gehen sollte, eine hohe Pension zusichern lassen. Er scheint es eilig mit der Pensionierung zu haben, wahrscheinlich, damit sein Rundschleier nicht abläuft. Denn auch Souveräne müssen heutzutage immerhin rechnen. Zufrieden sieht Albanien absolutistischer Herr dem wundervollen Moment entgegen, in dem diesen Fürst-Witwen-Monarchen „eine ehrenvolle Abkündigung“, eine wirklich sehr ehrenvolle, zuteil werden wird. Dann dürfte sich der geistige Epigone des urkomischen Wendig als meistbeschäftigter Europäer in die beliebtesten Badeorte Europas begeben und, gemustert von schmunzelnden Blicken, als dankenswerte Persönlichkeit zur Erheiterung unserer sonst so ernsten Zeit beitragen.

Nun soll ein Nachfolger dieses merkwürdigen Souveräns gesucht werden. „Wer magt es, Rittermann oder Knopp“, zu steigen in diesen Schlund hinab?“ Nach den Erfahrungen mit dem Kaiser Wilhelm dürfte der Nachfolger nun bann in den lauren Apfel beißen, wenn ihm eine hohe Pension garantiert wird.

Politische Uebersicht Deutschland

Berlin, 2. Juni. Wie bei den übrigen Reichsämtern ist jetzt auch beim Reichsmarineamt der Posten eines Unterstaatssekretärs gebildet worden. Mit seiner Wahrnehmung ist Admiral von Capelle, der Leiter des Verwaltungsdepartements im Reichsmarineamt, beauftragt worden.

— Die amnestische „Staatsbürgerzeitung“ wird vom 30. Juni ab ihr Erscheinen als Berliner Tageszeitung einstellen und nur noch als Wochenschrift weiter erscheinen.

— Der fortgeschrittene Landtagsabgeordnete Eduard Wolff-Dissa ist am Dienstag in seiner Vaterstadt Lissa gestorben. Herr Wolff, der von Beruf Rechtsanwalt war, gehörte dem Abgeordnetenhaus seit 1900 als Vertreter von Graudenz-Lissa an.

— Ein Arbeiterdemonstration. Trotz aller Verbote und Unterdrückungen, die dem vierten schlesischen Gausängerfest in Breslau zuteil geworden waren, hatten sich doch während der Pfingstfeiertage 98 Arbeiterdemonstrationen abgespielt, die das Fest in dem Vorort Morgenau begannen. Das Festlokal war schon vor Beginn um 3 Polizeioffizieren mit 50 Schaulaufen besetzt, die zunächst alle Kinder und alle unter 16 Jahre alten Personen aus den beiden Riesensäulen und dem angrenzenden Garten vertrieben. Diese Maßnahme löste unter den Zehntausenden, meist mit Kindern anrückenden Proletariern ungeheure Entrüstung aus; die Ordner hatten alle Mühe, die Ausbrüche der Leidenschaft, besonders seitens der Mütter,

Danziger Nachrichten

Steuerskizzen.

C. In der jetzigen Zeit, wo den Steuerzahlern die Belastungsgeschichte reibend dargestellt werden, ist folgendes zu beachten: Die Summe, die in dem Veranlagungsschreiben genannt wird, ist nicht die ganze zu zahlende Steuer, sondern nur die **Statasteuer**. Hierzu erheben die Gemeinden Zuschläge. Die Stadt Danzig erhebt 220 Prozent Zuschlag. Demnach, wer im Veranlagungsschreiben mit 9 Mark Staatssteuer bedacht ist, würde außerdem noch 220 Prozent von 9 Mark = 19,80 Mark Gemeindesteuern, also insgesamt 28,80 Mark Steuern zu zahlen haben. Viele glauben, daß die im Veranlagungsschreiben enthaltene Summe die ganze Steuer ist, die sie zu entrichten haben. Das ist nach dem oben Gesagten ein großer Irrtum. Da auf der Rückseite des Veranlagungsschreibens angegeben ist, welche Einkommenssumme der Besteuerung zugrunde gelegt werden kann, jeder leicht nachprüfen, ob er zu hoch veranlagt ist. Die **Einspruchfrist gegen zu hohe Besteuerung beträgt vier Wochen**. Diese Frist darf niemand veräumen. Wird sie dennoch veräumt, so gibt es kein Mittel, später eine Ermäßigung zu erlangen. Nur dann, wenn sich das der Veranlagung zugrunde gelegte Einkommen um mindestens ein Fünftel vermindert, kann eine Ermäßigung oder ein Steuererlaß beantragt werden.

Wird Einspruch erhoben, so muß nachgewiesen werden, daß das Einkommen niedriger war. Dies geschieht am besten durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers, die das Kalenderjahr 1913 umfaßt. Da bei Erlangung dieser Bescheinigungen sehr oft Schwierigkeiten bestehen, sollte jeder Arbeiter es sich zur Pflicht machen, bei jeder Lohnzahlung anzuschreiben, wieviel er verdient hat. Die Taschentaler der Gewerkschaften eignen sich hierzu besonders gut. Ganz besonders ist dies den Arbeitern solcher Berufe zu empfehlen, die den Arbeitgeber häufig wechseln. Eine solche Aufstellung der verdienten Löhne ist der Steuerbehörde gegenüber dann ebenso beweiskräftig, wie die Bescheinigung des Arbeitgebers. Abzugsfähig vom Lohn sind die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung, Sterbekassen, Lebens- und Angestelltenversicherung, Alimende, Verbandsbeiträge, Jahrgelder zur Arbeitsstelle, Aufwendungen für Arbeitskleidung und Werkzeug. Der Abzug von Verbandsbeiträgen ist allerdings zweifelhaft, doch sollten diese stets mit abgerechnet werden. Unkosten für Krankheit und andere Unglücksfälle, ebenso Unterhaltsbeiträge für Personen, die ein gesetzliches Recht darauf nicht haben, sollen angegeben und ihre Berücksichtigung gefordert werden.

Die Personen, die weniger wie 900 Mark Einkommen haben, sind von der Staatssteuer befreit. Zur Gemeindesteuer werden sie aber trotzdem herangezogen. (In Danzig sind Einkommen unter 660 Mark steuerfrei.) Ihre Veranlagung erfolgt nach einem fingierten (gedachten) Staats-einkommensteuersatz. Dieser ist: bei Einkommen bis 420 Mark 1,20 Mark, bei Einkommen von 420—660 Mark 2,40 Mark, bei Einkommen von 660—900 Mark 4.— Mark. Dieser fingierte Satz wird nicht erhoben, sondern nur der Gemeindeeinkommensteuersatz. Demnach, der zu dem fingierten Satz von 4.— Mark veranlagt ist, zahlt in Danzig 220 Prozent hiervon, = 8,80 Mark jährlich. Diese Personen erhalten von ihrer Veranlagung keine Kenntnis durch das Veranlagungsschreiben, sondern die Liste dieser Personen liegt zu bestimmten Zeiten mindestens 14 Tage lang bei den Gemeindebehörden aus. Die Zeit wird durch die Gemeindebehörden bekannt gemacht. Hier ist nun jeder verpflichtet, sich durch Einsichtnahme in die Liste davon zu überzeugen, daß er richtig veranlagt ist. Will er Einspruch er-

heben, so muß das innerhalb vier Wochen, vom Ablauf der Auslegungsfrist an, geschehen. Im übrigen gilt auch hier das oben Gesagte.

Wer sich die Reklamation nicht selbst schreiben kann, der wende sich an das Arbeitersekretariat Schöffenbühl 55, dort wird sie jedem unentgeltlich angefertigt. Auch der kleine vom Arbeitersekretariat Wilsch herausgegebene „Führer durch das Einkommensteuergesetz“ ist sehr empfehlenswert und geeignet, Aufklärung zu verbreiten. Das Büchlein kostet 40 Pf. und ist in der Buchhandlung Volkmar zu haben.

Vorbestraft

t. Der Dampfer nach Heubude ist gut besetzt. Nur wenige Ausflügler, umso mehr Frauen, die vom Fischmarkt heimkehren. Mit gefüllten Handtaschen und zahlreichen Paketen fahren sie nach Hause. In einer Haltestelle steigen zwei Nachbarn aus. Als sie den Dampfer verlassen haben, bemerkt eine der Frauen das Fehlen ihrer Handtasche. Auf den Ruf: „Ich habe meine Handtasche vergessen!“ läuft der Sohn der Nachbarin zum Schiff zurück und nimmt von einem Herrn zwei Nehtaschen in Empfang. Gemächlich tritt er hinter den Frauen nach Hause und bringt beide Taschen in die Wohnung der Frau. Diese bemerkt nach einiger Zeit das fremde Reg. Als der rechtmäßige Eigentümer sich am andern Morgen meldet, wird es ohne weiteres zurückgegeben. Der Inhalt ist unverfehrt. Dem Vorfall wurde keinerlei Bedeutung beigelegt. Erst als nach Ablauf von fast drei Monaten wegen einer Wohnungskündigung Streit entsteht, erinnert man sich seiner und nun muß er als Unterlage einer Anzeige wegen Diebstahls dienen. Die Frau wird auch tatsächlich vom Schöffengericht wegen Diebstahls bestraft und zugleich wird festgestellt, daß die Frau vor 29 Jahren schon einmal wegen des gleichen Vergehens verurteilt worden ist. Die Strafkammer hob das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach die Frau frei.

War das nötig, daß die Verurteilung, die vor annähernd 30 Jahren erfolgte, wieder an die Öffentlichkeit gezerzt wurde? Fast ein halbes Menschenleben ist seit der Strafe verfloßen. In der ganzen Zeit ist die Frau nie wieder mit dem Gericht in Berührung gekommen. Sie lebte in glücklicher Ehe und hohe Geldsummen gehen monatlich durch ihre Hände. Wie hat ein Pfennig daran gefehlt. Wie muß da das Bekanntwerden der vor langen Jahren erfolgten Verurteilung wirken!

Es wird Zeit, daß die Gerichte mit dem System der Vorstrafen brechen.

Geschworenen-Auslosung. Am 15. Juni beginnt die dritte Schwurgerichtsperiode dieses Jahres. Als Geschworene sind ausgelost: Kaufmann Pose, Architekt Frhr. v. Rechenberg, Hochschulpfarrer Dr. Lorenz, Brandmeister a. D. Dr. Lenz, Zeughaupmann a. D. Radow, Oberlehrer Dr. Rathje, Fuhrhalterbesitzer Rade, Marineoberingenieur Prengloff, Prof. Dr. Reimann, Procurist Rentel und Kaufmann John Art, sämtlich aus Danzig bezw. Danzig-Langfuhr; Kaufmann Ahmann, Rentier Robert Preuß und Direktor Dreißt aus Oliva; Besitzer Krause und Oberpostassistent Wendt aus Dirschau; Schulrat Rnaad und Kaufmann Hubert aus Berent; Rittergutsbesitzer Maquet-Menkau, Domänenpächter Krey-Rosochin, Gutsbesitzer Kreitz-Baldau, Kaufmann Arens-Preußisch-Stargard, Landwirt v. Hermann-Gemlich, Oberamtmann Rothenberg-Elsthal, Domänenpächter Kunig-Bietau,

einermachen zu beschwichtigen. Das Festlokal war überfüllt, die Massen lauchten den Liedern unter den besonderen Umständen mit doppelter Aufmerksamkeit. Dem Festredner, Genossen G. B. e., wurde bewundernder Beifall zuteil, als er auf das Empörende des Versuchs hinwies, polizeilich zu verhindern, daß die Kinder hören, was die Eltern singen! Bei dem Märchen der Massen war der ganze Weg bis zum Gewerkschaftshaus alle 100 Schritte mit einer Polizeikette besetzt, die „Umzüge“ verhindern sollten, dazwischen patrouillierten Polizeioffiziere und die gesamte bewaffnete Schutzmannschaft. Sämtliche Straßenzugänge und das Gewerkschaftshaus waren mit Schutzeinheiten zu Fuß und zu Pferde besetzt, die bis in die späten Abendstunden vergeblich auf die Umzüge warteten. Diese kamen erst am andern Morgen! Am zweiten Feiertag früh, ehe die Polizei erwachte, sammelten sich die Sängerkorps und Gesellen eilig in ihren Standquartieren und zogen, 400 Mann, vor die Wohnung des Oberbürgermeisters, der für das Fest die Jahrhunderthalle verwirgt hatte, ein zweiter Chor gleichzeitig zum Stadtsaal, das die Genehmigung zum Singen unter freiem Himmel verboten hatte, ein dritter zum Reglementssaal, das den Freizug verboten hatte, und um Punkt 8 Uhr morgens erschallten an allen drei Stellen die Lieder mitten in den Straßen und Promenaden, die man tags vorher verboten hatte! Die Bürger in den vornehmen Stadtvierteln staunten nicht wenig und guckten erschreckt hinter den Fenstergardinen hervor, als die kräftigen Arbeiterlieder durch die Straßen hallten. Sogar von einem vollbesetzten Dampfer Rang das freie Lied zu dem am Ufer gelegenen Reglementssaal hinauf. Schließlich machte sich eine Schar Sängerkorps zur Jahrhunderthalle auf, und ließen im Restaurant und den Ausstellungsanlagen ihre Lieder ertönen. Die Polizei, die eben erst abgerückt hatte, war nirgends zu sehen und als die Beamten erschienen, um die Sicherheit und Ordnung des Preussentales vor den verbotenen Liedern zu schützen, waren die Sängerkorps bereits wieder spurlos verschwunden. Der Schutz kam zu spät und alle Welt lachte über den Hinfall, der trotz geradezu kriegsmäßiger Rüstungen geschehen war. Um sich zu revanchieren, besetzte die Polizei am Nachmittag wieder alle Saalräume des Gewerkschaftshauses mit Trupps und die Straße davor mit Berittenen, was dem weiteren guten Verlauf des Festes aber keinen Abbruch tat.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

— **Bombenfund.** Im Ackerbau-Departement entdeckte am Dienstag ein Beamter unter dem Zimmer des Staatssekretärs Houston fünf anscheinend mit Dynamit gefüllte Röhren mit brennenden Zündern, die er noch rechtzeitig auszulösen vermochte.

Mexiko

— **Rücktritt Huertas?** Bei den in Niagara falls stattfindenden Friedensverhandlungen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten teilten die mexikanischen Delegierten mit, daß Huerta sich bereit erklärte, von der Präsidentschaft zurückzutreten. Der Rücktritt werde jedoch erst dann erfolgen, wenn das Land politisch beruhigt sein und die kommende Regierung die öffentliche Meinung für sich haben werde.

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France 31)

„Wie? Der alte Staat, das königliche Ungeheuer sicherte sich die Macht, indem es alljährlich viermalhunderttausend Menschen einferkerte, fünfzehntausend aufknüpfte und dreitausend räderte, und die Republik sollte zaudern, nach ein paar hundert Köpfe ihrer Sicherheit und ihrer Macht zu opfern? Waten wir im Blut und retten wir das Vaterland...“

Wie er so dachte, eilte Clodie bleich und aufgelöst auf ihn zu.

„Evarist, was hast du mir zu sagen? Warum kommst du nicht in den „Amor als Maler“, in das weiße Zimmer? Warum hast du mich hierher bestellt?“

„Um dir ewig Lebwohl zu sagen.“

Sie murmelte, er sei von Sinnen, sie verstände ihn nicht... Er unterbrach sie mit unmerklicher Handbewegung.

„Clodie, ich kann deine Liebe nicht annehmen.“

„Schweig still, Evarist, schweig still!“

Sie bat ihn, weiter zu gehen. Hier beobachtete und belauschte man sie. Er folgte ihr zwanzig Schritte, dann fuhr er sehr ruhig fort:

„Ich habe meinem Vaterlande mein Leben und meine Ehre geopfert. Ich werde verachtet sterben und vermache dir, Unglückliche, nichts als ein verfluchtes Andenken... Uns lieben? Kann man mich noch lieben? ... Kann ich selbst lieben?“

Sie sagte ihm, er wäre wahnsinnig; sie liebte ihn und würde ihn stets lieben. Sie war leidenschaftlich, aufrichtig; doch auch sie fühlte es und besser als er, daß er recht hatte. Und sie wehrte sich gegen den Augenschein.

„Ich merke mir nichts vor“, fuhr er fort. „Was ich tat, würde ich auch ein zweites Mal tun. Ich nahm den Fluch auf mich für das Vaterland. Ich bin verflucht. Ich habe die Schwärzen der Menschen überschritten, ich werde nie mehr zu ihr zurückkehren. Nein! Die große Aufgabe ist noch nicht vollendet. Ach, Güte, Vergebung! ... Vergeben denn die Verurteilten? Wozu denn die Verurteilung? Die Zahl der Vaterlandsverräter nimmt unablässig zu. Sie wachsen aus dem Boden heraus, sie jähren von allen Grenzen herbei, Jünglinge, die besser im Felde gefallen wären, Greise, Kinder und Frauen mit der Rasche der Unschuld, der Reinheit und Anmut. Und wenn man sie geopfert hat, finden sich immer

mehr... Du siehst wohl, ich muß der Liebe Vate sagen, jeder Freude, allen Reizen des Lebens, ja dem Leben selbst.“

Er schwieg. Clodie war zum friedlichen Genuß geschaffen und es graute ihr von Tag zu Tag mehr, in den Umarmungen dieses düsteren Liebhabers blutige Bilder mit den Eindrücken der Wollust zu vermischen. Sie gab keine Antwort. Evarist trank dieses Schweigen des jungen Mädchens wie einen bitteren Kelch.

„Du siehst, Clodie“, fuhr er fort, „wir werden fortgerissen. Unser eignes Werk verschlingt uns. Unsere Tage und Stunden sind Jahre. Bald habe ich ein Jahrhundert gelebt. Sieh diese Stirn! Ist sie die Stirn eines Liebenden? Lieben...“

„Evarist, du bist mein, ich behalte dich; ich gebe dir deine Freiheit nicht wieder.“

Ihre Worte klangen, als brächte sie ein Opfer. Er merkte es und sie selbst auch.

„Clodie, kannst du eines Tages bezeugen, daß ich meiner Pflicht treu blieb, daß meine Seele rein und mein Herz lauter war, daß ich keine andere Leidenschaft hatte, als das öffentliche Wohl, daß ich von Natur zartfühlend und zärtlich war? Kannst du sagen: „Er lebte seiner Pflicht?“ Doch nein, du wirst es nicht sagen. Und ich bitte dich nicht, es zu tun. Mein Andenken soll erlöschen. Mein Ruhm liegt in meinem Herzen; um mich her ist Schande. Wenn du mich je liebst, so wahre über meinen Namen ewiges Schweigen.“

Ein Kind von acht bis neun Jahren, das seinen Reifen schlug, geriet in diesem Augenblick zwischen seine Beine. Er hob es plötzlich empor und schloß es in seine Arme.

„Kind, du wirst aufwachsen in Freiheit und Glück, und das dankst du dem verruchten Gameleon. Ich bin ein Ungeheuer, damit du glücklich wirst. Ich bin grausam, damit du gut sein kannst, ich bin erbarmungslos, damit sich morgen alle Franzosen unter Freudenstränen umarmen.“

Er drückte es an seine Brust.

„Kleiner, wenn du ein Mann sein wirst, dann schuldest du mir dein Glück, deine Unschuld; und wenn du je meinen Namen hörst, wirst du ihn verfluchen.“

Damit legte er das Kind zu Boden, und vieles floh entsezt zu den Füßen seiner Mutter, die herbeigeeilt war, um es zu befreien. Es war eine junge Mutter von aristokratischer Schönheit, in weißem, feinem Leinenkleid, die ihren Knaben mit hochmütiger Miene davonführte.

Gameleon warj einen verführten Hund auf Clodie.

„Ich habe dies Kind umarmt. Vielleicht lasse ich seine Mutter guillotiniert.“

Und er verließ sie mit großen Schritten und verschwand zwischen den Baumreihen.

Einen Augenblick blieb Clodie regungslos stehen und starrte zu Boden. Doch plötzlich stürzte sie ihrem Geliebten nach, ereilte ihn wütend, mit fliegenden Haaren, wie eine Mänade, packte ihn, als wollte sie ihn zerreißen, und mit einer von Blut und Tränen erstickten Stimme schrie sie ihn an:

„Wohlan, Geliebter, schide mich auch zur Guillotine! Laß mir auch den Kopf abschlagen!“

Und bei dem Gedanken des Messers, das ihr den Nacken durchschneidet, schmolz ihr ganzer Leib in Grausen und Wollust hin.

Sechszwanzigstes Kapitel.

Während die Thermidorsonne in blutiger Pracht unterging, irrte Evarist düster und sorgenvoll durch den Garten Marbeuf, der National-eigentum geworden war und in dem die müßigen Pariser spazieren gingen. Man trank Limonade und aß Eis. Ein Karussell mit Holzpferden und ein Scheibenstand für die patriotische Jugend war eingerichtet. Unter einem Baume saß ein kleiner zerklümpelter Savoyarde mit schwarzer Mütze und ließ zum scharfen Klang seiner Fiedel ein Murrel-lier klingen. Ein jüngerer schlanker Mann in blauem Rod, mit gepuderten Haaren, von einem großen Hunde begleitet, blieb stehen und lauschte dieser ländlichen Weise. Evarist erkannte Robespierre. Er fand ihn blaß und abgemagert, mit harten Zügen, das Gesicht von schmerzlichen Falten durchfurcht. Und er dachte:

„Wie viele Anstrengungen und Leiden haben ihr Siegel auf seine Stirn gedrückt! Wie schwer ist es doch, für das Menschenglück zu arbeiten! Woran mag er jetzt denken? Lenkt ihn der Klang der Bergfiedel von seinen Amtsjahren ab? Denkt er daran, daß er einen Pakt mit dem Tode geschlossen hat, und daß die Stunde der Erfüllung naht? Plant er, als Sieger in den Wohlfahrtsauschuss zurückzukehren, aus dem er ausgestoßen ist, weil er es satt hatte, mit Couthon und Saint-Just von einer aufrührerischen Mehrheit in Schach gehalten zu werden. Welche Hoffnungen regen sich hinter diesem undurchdringlichen Anflug ober welche Besürchtungen?“

Indessen lächelte Maximilian dem Knaben zu und stellte ihm mit sanfter Stimme ein paar wohlwollende Fragen über sein heimisches Tal, die Hüte, die Eltern, die der arme Junge verlassen; dann warf er ihm eine kleine Silbermünze zu und legte seinen Spaziergang fort. Nach einigen Schritten drehte er sich um und rief seinen Hund, der das Bild gemirrt hatte und das Murrel-lier ansah, das sein Fell sträubte.

„Brount! Brount!“ rief er.

Dann verschwand er in den dunklen Baumgängen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westpreußen

Elbing-Marienburg

Erster West- und Ostpreussischer Jugendtag.

Ueber den Elbinger Jugendtag wird uns geschrieben: Trotz aller behördlichen Verfolgungen und allen Gegenrindungen der bürgerlichen Parteien entwickelt die freie Arbeiterjugend sich kräftig vorwärts. Ein gutes Zeichen des inneren Erstarkens der Jugendbewegung im Osten war die Pfingstzusammenkunft der Königsberger und der Danziger Jugend mit der Elbinger Jugend. War vorher noch manch ein Zweifler an dem guten Gelingen der Veranstaltung vorhanden, so hat diese jetzt eine andere Meinung hervorgerufen. Die Danziger Jugend fuhr schon am Sonnabend abend nach Elbing. Der Empfang am Bahnhof durch die Elbinger Jugendfreunde wirkte imponierend. Ueber 300 Jugendliche waren zum Empfang am Bahnhof anwesend. Die Marinejugendwehr, die zu gleicher Zeit eine Veranstaltung einberufen hatte, konnte trotz aller Bemühung nur gegen 100 Beteiligte mustern. Nach der Ankunft im Volkshaus erfolgte durch den Leiter der Elbinger Jugend die Begrüßung. Der Genosse Leu dankte im Namen des Bezirksausschusses für den herzlichen Empfang. Durch die Opferwilligkeit der Elbinger Arbeiter konnten alle Jugendkinder in Freiquartieren untergebracht werden. Die Frühstunden des ersten Feiertages waren gemeinsamen Spielen gewidmet. In der Leichtathletik siegten die Danziger mit 20,5:17,3 gegen die Elbinger. Beim Fußballspielen blieben die Elbinger mit 4 Toren gegen die Danziger, die 3 Tore holten, im Vorteil. Nach Ankunft der Königsberger Jugend erfolgte die Begrüßung derselben im Volkshaus. Mittags fand eine Zusammenkunft der Leiter und der Funktionäre der einzelnen Abteilungen zur Beratung über die gemeinsame Weiterarbeit statt.

Gegen zwei Uhr wurde ein Ausflug nach dem romantischen Bogelfang unternommen. Auch hierbei beteiligten sich mehr als 300 Jugendliche und Erwachsene. Abends vereinigte ein Unterhaltungsabend in dem herrlichen Saale des Volkshauses unser Jungvolk. Hier leisteten die Elbinger Jugendlichen Vorzügliches im Reigen und bei der Wiedergabe mehrerer Singspiele sowie proletarischer Dichtungen. Die Festrede des Genossen Krüger aus Königsberg wird wohl noch lange Zeit in den Herzen der Jugendlichen nachklingen, umfamehr, da der Genosse Krüger darauf hinwies, daß die Behörden in der Bekämpfung der Jugendlichen sich überall gleich blieben, in Königsberg sowohl als auch in Elbing. Die Marinejugendwehr konnte mit Trommel- und Pfeifenklang durch die Stadt marschieren, während unseren Jugendlichen das Singen von Polizeibeamten verboten wurde. Am zweiten Feiertage wurde morgens die Stadt besichtigt und dann eine Dampferfahrt nach Rahlberg angetreten. Am Strande entwickelte sich bald ein reges Leben und Treiben, begünstigt durch die überaus freundlich lachende Sonne. Nur zu rasch verschwanden die frühlichen Stunden; zu schnell für manchen Bub und für manches Mädchen wurde zur Heimfahrt gerufen. Die Beteiligung an dem ersten Jugendtag im Osten, und der Geist der Jugendlichen bürgt dafür, daß uns die Jugend gehört. Trostlosdem.

Die Maul- und Rauscheuse ist jetzt auch in die Herde der armen Leute eingedrungen. Auf den staatlichen Weiden in Amalienhof und Föhrenweide befinden sich zurzeit etwa 400 Kühe, die Arbeitern aus den Ortschaften Fischthorst, Neutisch und Friedrichsberg gehören. Dort ist die Seuche nun auch ausgebreitet. Im Kreise Marienburg ist sie festgestellt worden unter den Viehbeständen der Besitzer Ed. Harnis und Kriehin in Thiergart, Schulz und Jakob Mädel in Thiergartseide, Dyd in Groß-Lesewitz, G. Henning in Schwandorf, auf den Wunderlichen Weiden in Pr.-Königsdorf, bei der Hofbesitzerin Heidebrecht in Marienau und Friesen, Staßen und Gastwirt Kossowski in Niebau. Die Aussichten für den kommenden Sommer sind also geradezu trostlos.

Die Elbinger Polizei verhaftete eine Buchhalterin, die in einem Elbinger Geschäft tätig war. Das Mädchen hatte seit Oktober v. J. 1200 Mark unterschlagen.

Von einem Bullen schwer verletzt wurde das Dienstmädchen Marie Lemke, das bei dem Gutsbesitzer Klingenberg in Kelmerswalde in Stellung ist. Das Mädchen war beim Melken von dem Bullen auf die Hörner genommen und so ausgerichtet, daß es sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Danzig-Land

Mesche als blütenweißer Anschuldsengel.

Mesche, der Polizeibeamte, der der Odraer Arbeiterschaft Mäßigkeit vor dem Gesetz beibringt, hat ein schönes Pfingstgeschenk erhalten: die Staatsanwaltschaft hat beschlossen, ihn nicht unter Anklage zu stellen. Befreundete Personen langierten dann folgende Notiz in das Westpreussische Volksblatt:

Odra, 2. Juni. Der Amtsergeant Mesche war in dem sozialdemokratischen Blatte in Danzig einer großen Reihe strafbarer Handlungen und Vergehen beschuldigt worden. So sollte er in 20 Fällen Häftlinge zu früh aus der Haft entlassen, in einem Falle widerrechtlich eine Haftstrafe vollstreckt, falsche Eintragungen in amtliche Bücher gemacht, Geschenke angenommen, die Verfolgung strafbarer Handlungen unterlassen, eine körperliche Mißhandlung durch andere zugelassen haben. Diese Anschuldigungen waren sämtlich der Staatsanwaltschaft unterbreitet worden, die eine Untersuchung gegen Mesche einleitete. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das königliche Landgericht, Strafkammer 3, am 14. bzw. am 29. Mai beschlossen, den Amtsergeant Mesche aus der Untersuchung zu lassen, weil die Voruntersuchung ergeben hat, daß der Angeklagte sich strafbare Handlungen nicht hat zu schulden kommen lassen. Amtsergeant Mesche hat Strafantrag wegen Beleidigung und Verleumdung gegen die Staatsanwaltschaft wegen sozialdemokratisches Blatt und eine Unschuldserklärung abgelehnt.

Eine ähnliche Notiz, allerdings wesentlich vorsichtiger gehalten, brachte die Danziger Allgemeine Zeitung, während die übrige Presse sich noch abwartend verhielt. Wir möchten zu diesen Notizen nur kurz feststellen, daß unter Redaktion Schröder jedes Wort der Mescheartikel und der staatsanwaltlichen Anklage aufrecht erhält. Die neuen Strafanträge Mesches sind offenbar nur ein Bluff, den das Westpreussische Volksblatt in die Welt setzt, denn daß jemand, der eine Anzeige an den Staatsanwalt mit 25 Zeugen belegt, nicht wegen „wissentlich falscher Anschuldigung“ angeklagt werden kann, sollte doch dem „Gewährsmann“ des Westpreussischen Volksblattes bekannt sein. Und daß jemand sich 6—8 Monate nach dem Erscheinen von Zeitungsartikeln „beleidigt“ fühlt, zeugt von sehr viel Vorsicht, denn Beleidigungen sind da bereits verjährt. Aber gleichviel, eine Klage Mesches gegen Schröder schwebt ja noch. Und in dieser wird von Schröder alles daran gesetzt werden, eine eisdliche Klarstellung der Vorgänge im Odraer Vollzeugschloß herbeizuführen. Ob Mesche und seine Freunde nach dieser Verhandlung auch noch auf stolzen Rossen einhertraben, gestatten wir uns, in Zweifel zu ziehen.

Wohnungsleben.

1. Der Vizewirt Kurt in Odra, an der Rosen Brücke wohnhaft, ließ aus dem Hause Radamnestraße 17 eine Arbeiterfamilie mit ihrer Wohnungseinrichtung auf die Straße setzen. Die Wohnung war am 15. Mai gekündigt, doch war es dem Arbeiter nicht möglich, eine passende Wohnung zu finden. Am Dienstag morgen wurde er kurzerhand auf die Straße geworfen, wobei ein Teil der Sachen arge Beschädigungen erlitt. Zwei kleine Kinder — eins ist fünf Monate, das andere zwei Jahre alt — mußten trotz Regen und Kälte den ganzen Tag im Freien zubringen. Der Mann war gern bereit, die Miete zu zahlen. Der Vizewirt nahm sie indessen nicht, und ließ die Wohnung räumen. Alles Suchen nach einer andern Wohnung war vergeblich. Selbst das Amt konnte der Familie keine andere Unterkunft verschaffen, als das Armenhaus. Gegen Abend erbarmten sich Nachbarn der Kinder und der Frau. Der Mann mußte bei den Sachen bleiben, die im Freien lagerten.

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtung bestimmte Presse die ungeheure Macht verleiht, über welche sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemühten wir uns dieses Hebel und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Wilhelm Liebknecht.

Vielleicht interessiert sich die Gesundheitspolizei für die Wohnungen Radamnestraße 17. Dort wird der Stall zu Wohnungen benutzt. Der Stall ist zweistöckig. Unten befindet sich Vieh, oben menschliche Wohnungen. Der Gestank in diesen Wohnungen ist gesundheitsschädlich. Miete wird pro Monat sechs Mark erhoben. Eine bestimmte Größe von Odra, die die Schädlichkeit dieser Wohnungen wohl erkennen könnte, soll die wirkliche Eigentümerin des Hauses sein.

Die Gesundheitspolizei wird hoffentlich dagegen einschreiten, daß man Ställe als menschliche Wohnungen vermietet.

Scheune und Stall des Mühlenbesizers Sprengler in Herrengrebin brannten vollständig nieder. Es wird Brandstiftung vermutet, da erst vor 14 Tagen auf dem gleichen Grundstück Wohnhaus und die Mühle durch Feuer zerstört wurden.

Stuhm-Marienwerder

Tot aufgefunden wurde auf der Straße zwischen Neuhafenkrug—Stuhm der Sergeant Lange aus dem Danziger Offizierskasino. Er hatte den Bahnbaum als Weg benutzt und ist dabei vom Zug überfahren worden.

Rosenberg-Löbau

Sammelt nicht Schätze... Dem Pfarrer Rothke aus Radomno wurden am ersten Pfingstfeiertage gegen 1000 Mark gestohlen. Während der Pfarrer in der Kirche seines Amtes waltete, griffen die Diebeshände müßlos nach seinem Eigentum.

Graudenz-Strasburg

Für den Ostmarkenflug bewilligten die Stadtverordneten von Graudenz in ihrer letzten Sitzung auf Antrag des Magistrats eine Beihilfe von 500 Mark.

Ein neuer Stadtrat. Die Stadt Graudenz erhält in der Person des bisherigen Stadtverordneten Winkler einen neuen befohlenen Stadtrat. Die Stelle ist neu geschaffen worden. Winkler bekommt ein Anfangsgehalt von 4500 Mark und eine Wohnungsentwässerung von 600 Mark.

Ein Mordanschlag hat der weiten Mordverdachts in Lausenburg verhaftete 18 Jahre alte Mannssohn Mehning abgelegt. Er gibt an, den Zollauffseher Kollwitz aus Gorzho beim Wirt erschossen zu haben.

Der Verbandstag der Holzarbeiter

k. Dresden, 29. Mai.

Abendkündigung.

In der fortgesetzten Statutenberatung wurden den Bestimmungen der weiteren Unterstüßungseinrichtungen keine oder nur geringe Veränderungen vorgenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag der Kommission, für den auch der Vorstand eintrat, daß Zuschläge zur Krankenunterstützung des Verbandes aus der Lokalkasse nicht gewährt werden dürfen. Zur Ablehnung kam auch ein Antrag Köln, die Gauvorsitzer auf dem Goutag zu wählen.

Die Einsetzung eines Beirates beantragte die Zahlstelle Berlin. Die Statutenberatschungskommission empfahl Ablehnung dieses Antrages und schlug folgende Entscheidung vor:

„Der Verbandstag erkennt an, daß bisher schon bei allen wichtigen Anlässen in bestmöglicher Weise eine vorherige Verständigung zwischen dem Vorstand, den Gauvorsitzern und den beteiligten Kollegen stattgefunden hat und kein Anlaß besteht, an diesem Zustand grundsätzlich etwas zu ändern.“

Um dem vorhandenen Bedürfnis einer möglich umfassenden und schnellen Information in weitergehendem Maße zu entsprechen, wird dem Vorstand zur Erwägung anheimgegeben, solche Konferenzen, wie sie bisher schon mit den Gauvorsitzern stattgefunden haben, in Zukunft auch mit den leitenden Lokalbeamten abzuhalten.“

Gloäe-Berlin begründete den Berliner Antrag. Durch die Einsetzung eines Beirates würde die Verantwortung bei wichtigen Aktionen auf breitere Schultern gelegt, wodurch eine gewisse Verhütung bei den Mitgliedern eintrete.

Geride-Leipzig erklärte sich gegen die Einsetzung eines Beirates. Er hob hervor, daß der Vorstand schon bisher in Beratung mit Gau- und Ortsvertretern tatliche Fragen festlegte. Angebracht sei es, daß der Vorstand die Ortsvertreter auch zur Erörterung anderer Fragen öfters hinzuziehe.

Nach weiteren Ausführungen gegen die Einsetzung eines Beirates wurde der Berliner Antrag gegen die Stimmen der Berliner Delegierten abgelehnt und der Kommissionsantrag mit großer Mehrheit angenommen.

Bei Beratung der Bestimmungen über den Verbandstag wurde dem Vorstand aufgegeben, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage über eine andere Regelung der Delegiertenwahl vorzulegen.

Auf Antrag der Beschwerdekommision ging der Verbandstag über den Berliner Antrag, der den Vorstand rügen will, weil er den am Verbandshaus beschäftigten Arbeitern zur Einweisung des Gebäudes ein Festessen gab, mit übergrößer Mehrheit zur Tagesordnung über.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

k. Dresden, 30. Mai.

Sechster Verhandlungstag.

In Beratung standen heute die verschiedenen Anträge. Dabei wurde zu der Materie Agitation beschlossen, daß das Agitationsmaterial der verschiedensten Art, welches der Verbandsvorstand bisher nur den Gauvorsitzenden zugesandt hat, in Zukunft auch den Verwaltungen der größeren Zahlstellen zugestellt werden soll.

Der Vorstand wird beauftragt:

1. Um eine ständige und planmäßige Agitation unter den zahlreichen Arbeiterinnen der Holzindustrie betreiben zu können, öfter als bisher geeignete Flugblätter, wenn möglich mit Illustrationen, den Zahlstellen zur Verfügung zu stellen.

2. Mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu treten zwecks Herausgabe einer Gewerkschaftszeitung in französischer Sprache.

3. Mehr als bisher die Frage der Hygiene in den Fabriken und Werkstätten in den Vordergrund zu stellen. Ferner empfiehlt der Verbandstag, daß der Vorstand eine von Fachleuten zusammengestellte Darstellung über Hygiene in den Arbeitsräumen in Form einer Broschüre herausgibt. Erläuterungen über den gesundheitlichen Wert der Arbeitsräume sollen besonders hervorgehoben werden.

Dem Vorstand übermies wurde ein Antrag, der diesen beauftragt, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Grenzstreitigkeiten mit den ausländischen Verbänden, unter anderen mit dem Schweizer Verband, zu beseitigen.

Bei einem Antrag des Gautags Düsseldorf, daß die Gehaltsfrage der Angestellten nicht in letzter Stunde auf dem Verbandstag zur Debatte gestellt, sondern wie andere Anträge in der Holzarbeiterzeitung veröffentlicht werden soll, kam es zu einer kleinen Auseinandersetzung. Zur Begründung des Antrags wurde gesagt, die Angestellten müßten ihre Forderungen formulieren, zu denen dann die Mitglieder Stellung nehmen könnten. Verbandsvorsitzender Leipart erwiderte, der Vorstand müsse nicht genötigt zu sein, Gehaltsforderungen zu stellen. Den Angestellten müßte man unter Anrechnung ihrer Arbeiten freiwillig das geben, worauf sie Anspruch hätten. Anträge auf Gehaltsverhörungen sollten aus den Reihen der Mitglieder kommen, dann würden sie ja ohne weiteres mit den übrigen Anträgen veröffentlicht. Heute lägen ja keine Anträge auf Gehaltsverhörungen vor. Den künftigen Verbandstagen wolle man es ruhig überlassen, an welcher Stelle sie derartige Anträge behandeln wöllen. — Mit übergrößer Mehrheit wurde dann der Antrag Düsseldorf abgelehnt.

Zur Arbeitsnachweistrage wurde beschlossen, daß die Angliederung an einen kommunalen oder sonstigen öffentlichen Arbeitsnachweis nur erfolgen darf, wenn die volle Sozialversicherung ist und wenn der Organisation mindestens ein genügendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht bei der Arbeitsvermittlung und bei Erledigung etwaiger Differenzen zugesichert wird.

Ueber Branchenkonferenzen entspann sich eine längere Aussprache. Es war beantragt, daß die Delegationskosten von derartigen Konferenzen von der Hauptkasse zu tragen seien. Der Antrag wurde jedoch gegen eine starke Minorität abgelehnt. Dem Vorstand überwiesen wurde ein Antrag Dresden, für die Kistenmacher eine Branchenkonferenz einzuberufen und auf derselben für die Kistenmacher eine Zentralkommission zu schaffen. Verschiedene Wünsche anderer Branchen wurden ebenfalls dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Verbandstag stimmte dann ohne Debatte einer Vorlage des Vorstandes über eine Unfallversicherung für die Verbandsfunktionäre zu. Nach dieser kann den Funktionären, die bei der Ausübung von Verbandstätigkeit durch einen Unfall körperlichen Schaden erleiden, Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung, Witwenrente und Sterbegeld gewährt werden.

Vorsitzender Leipart gab nun von einer

Erklärung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes Kenntnis, in dem dieser auf die Ausführungen des Vorstandsmitglieds Neumann über den Werftarbeiterstreik eingeht. Diese Ausführungen könnten den Eindruck erwecken, als ob der Vorstand des Metallarbeiterverbandes die weniger stark an der Bewegung beteiligten Verbände majorisiert hätte. Eine derartige Auffassung müsse zurückgewiesen werden. Eine Majorisierung sei schon darum ausgeschlossen gewesen, weil bei den gemeinsamen Beratungen der Vorstände der Metallarbeiterverband nur mit einem Vertreter beteiligt war und auch nur eine Stimme (gegen sechs) hatte. Die Erklärung der Zentralvorstände sei Kollektivarbeit aller beteiligten Verbandsvorstände gewesen.

Leipart bezeichnet diese Darstellung als richtig. Es könne dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes nicht der Vorwurf gemacht werden, daß er sein Übergewicht zu Ungunsten der kleineren Verbände ausgenutzt hätte; ein solcher Vorwurf sei aber auch in den Ausführungen Neumanns nicht beabsichtigt gewesen. Ich stelle gerne fest, daß alle Beschlüsse in den gemeinsamen Vorstandssitzungen auf Grund gemeinsamer Verständigung gefaßt wurden. Es kann keine Rede davon sein, als wollten wir eine Schuld abwägen auf den Metallarbeiterverband, die ihm tatsächlich nicht trifft. Es kann auch keine Rede davon sein, als ob der Vorstand die Erklärung der Vorstände mißbilligte. Sie war in jenem Stadium notwendig. Wir wollten nur zum Ausdruck bringen, daß man in der Wahl der Worte hätte vorsichtiger sein können.

Aus Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wurde das vorgesehene Referat Leiparts über „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Aufgaben und Ziele des Verbandes“ von der Tagesordnung abgesetzt.

Leipart besprach hierauf noch kurz die Aufgaben des Gewerkschaftskongresses und des internationalen Holzarbeiterkongresses.

Die beabsichtigten Vorstandsmitglieder und Gauleiter wurden einstimmig wiedergewählt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Leipart schloß ihn mit einem Rückblick.

Der nächste Verbandstag wird 1916 in Hamburg abgehalten.

Siebenter Verbandstag des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes

Hamburg, 30. Mai 1914.

Letzter Verhandlungstag.

Am Sonnabend wurde zunächst der Rest der Anträge erledigt. Knauts-Offenbach beantragte, den Verbandsauschuß, der auf dem Münchner Verbandstag von Hamburg nach Stuttgart verlegt wurde, wieder nach Hamburg zu verlegen. Dieser Vorschlag stieß aber auf Widerspruch und wurde abgelehnt.

Witoater-Stuttgart und Genossen beantragten eine Statutenberatungskommission einzusetzen, die jeweils vor dem Verbandstage alle vorliegende Anträge durchberaten soll. Diese Kommission soll zusammengesetzt sein, aus zwei Vorstandsmitgliedern, zwei Gauleitern und weiteren elf Delegierten, die durch Urwahlen zu wählen sind. Maroke-Berlin beantragte hierzu, daß die Zahl der Delegierten nicht von vorneherein festgesetzt wird, sondern daß auf je 4500 zahlende Mitglieder ein Delegierter entfällt. Frig-Stuttgart will auch ein Mitglied des Verbandsauschusses in dieser Kommission sehen. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag Witoater mit den Zusätzen Maroke und Frig angenommen.

Mohs-Berlin berichtete nunmehr über die internationale Verbindung. Die Beziehungen zwischen den einzelnen Bruderorganisationen haben sich in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Einige Verbände haben sich während der Berichtsperiode neu angeschlossen. Die Rapporte der angeschlossenen Organisationen laufen heute prompter und gewissenhafter ein. Der gegenwärtige Mitgliederstand der einzelnen Organisationen ist folgender:

Belgien, Gemeindearbeiter	3 098 Mitglieder
Böhmen, Gemeinde- und Staatsarbeiter	1 600 „
Dänemark, Kommunalarbeiterverband	2 510 „
Dänemark, Arbeitsmännerverband	3 500 „
Deutschland, Gemeinde- und Staatsarbeiter	48 021 „
England, Gemeindearbeiter	24 140 „
Frankreich, Gemeindearbeiter	10 000 „
Holland, Gemeindearbeiter	5 477 „
Luxemburg, Gemeindearbeiter	83 „
Schweden, Gemeindearbeiter	2 004 „
Schweiz, Gemeinde- und Staatsarbeiter	2 800 „

Zusammen 103 033 Mitglieder

Dieser Zahlen entsprechen dem Mitgliederstande zu Anfang des Jahres 1913. Die Einnahmen und Ausgaben belaufen sich 1912 mit 2187 Mark, 1913 mit 4713 Mark, aber um mehr als das Doppelte gegen 1912.

Gauleiter Schöbber-Hamburg beantragte, nachdem der Verbandstag beschlossen hat, die Anstellung eines inter-

nationalen Sekretärs zu empfehlen, daß die Kontrolle, wie auch die Kassensführung des Sekretariats dem deutschen Verbandsvorstande übertragen werde. Mohs wandte sich gegen diesen Vorschlag und meinte, daß die Kontrolle den Vorständen der angeschlossenen Organisationen zustehe. Die Verlammlung stimmte aber mit großem Mehr dem Antrage Schöbbergs zu. Als Delegierte zur nächsten internationalen Konferenz, die 1916 in London stattfindet, wurden bestimmt: zwei Mitglieder des Verbandsvorstandes, der Vorsitzende der Filiale Berlin, Klebel-Hamburg, Sebald-München, Chret-Nürnberg, Preißler-Dresden und Wessolowski-Königsberg.

Ueber Koalitions- und Streikrecht sprach der Verbandsredakteur Dittmer. In anschaulicher Weise schilderte er den Entwicklungsgang des Verbandes und die Arbeitsverhältnisse in den Gemeindebetrieben. Der Gemeindegewerkschafter war auch dann immer noch von der Gnade der Stadtverwaltungen abhängig, als in den anderen Berufen die Gewerkschaften bereits einen großen Einfluß gewonnen hatten. Der Verband wurde erst beim Streik der Berliner Gasarbeiter 1896, der die Beseitigung der 18stündigen Wechselsschicht bezweckte, aus der Taufe gehoben. In den Köpfen der bürgerlichen Stadträte spukt auch heute noch die Idee von der Unterordnung des städtischen Arbeiters. Wenn immer noch gemischt-wirtschaftliche Betriebe eingerichtet werden, so geschieht dies mit aus dem Grunde, die Ausbreitung der Organisation und die Vermehrung ihres Einflusses zu hindern. Mit der Verleihung des Beamtencharakters versuchen die Stadtverwaltungen den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht zu nehmen. Das gleiche Ziel streben gewisse Bestimmungen der Arbeitsordnungen an. Die Gewerbeordnung wird noch häufig genug von den städtischen Betrieben gar nicht anerkannt, und nicht selten wird von den Stadtverwaltungen die Zuständigkeit der Gewerbegerichte bestritten. Einzelne Behörden gehen sogar so weit, in die Arbeitsordnungen Bestimmungen einzufügen, die nichts Geringeres bedeuten, als die Gemeindegewerkschafter zum Streikbruch zu zwingen.

In neuerer Zeit machen sich nun Bestrebungen bemerkbar, durch Schaffung von gesetzlichen Bestimmungen das Koalitionsrecht der Gemeinde- und Staatsarbeiter, wie auch der Transportarbeiter zu beseitigen. Wenn der Reichstag bisher noch stand hielt, so nur deshalb, weil er den offenen Angriff scheute. Auf Umwegen werden aber die Scharfmacher schon ihr Ziel erreichen. Die Politischerklärung der Gewerkschaften ist der Luftstakt zu den kommenden Kämpfen. Einige Filialen sind auch schon von dem Schicksal der Politischerklärung ereilt worden.

Die öffentlichen Betriebe scheinen, wie auch die Berichte der Auslandsorganisationen bezeugen, ganz besonders zum Experimentierfeld für Koalitionsbeschränkung auserkoren zu sein. Dem muß sich der Verband mit aller Macht entgegenstellen, den letzten Indifferenten zur Organisation holen, um bei den bevorstehenden Kämpfen gerüstet dazustehen.

Zum Schluß seiner Ausführungen empfiehlt Dittmer eine Resolution, die in dem Zusammenschluß aller Arbeiter öffentlicher Betriebe in einheitlicher Organisation die wirksamste Abwehr gegen alle Koalitions- und Streikrechtsbeschränkungen erblickt und dann weiter sagt:

Der 7. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die geplanten und neu geschaffenen Koalitionsrechtsbeschränkungen im Strafgesetzentwurf, im Entwurf zum bayerischen Gemeindebeamtengesetz sowie in der überaus willkürlichen polizeilichen Auslegung und Handhabung des Vereinsgesetzes.

Der Verbandstag als die Vertretung von 54 000 organisierten Gemeinde- und Staatsarbeitern hält die vollständige Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts aller Arbeiter öffentlicher Betriebe für unbedingt erforderlich, sollen nicht die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritte dieser Arbeiterkategorien schweren Schaden erleiden.

Die beste Gewähr gegen Streiks in öffentlichen Betrieben erblickt der Verbandstag in der vollen Anerkennung der Organisation, wodurch ein Mitbestimmungsrecht bei Festlegung und Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen wird. Die Unterstellung aller Arbeiter öffentlicher Betriebe unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung ist ferner dazu angetan, den gewerblichen Frieden zu erhalten.

Zu dieser Frage liegt noch ein Antrag Düsseldorf vor, der will, daß der Verbandstag den Verbandsvorstand beauftragt, im Falle eines ernstlichen Angriffes auf das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter öffentlicher Betriebe oder einzelner Kategorien derselben, unverzüglich einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Dieser Antrag wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Die Resolution fand einstimmig Annahme. Das Referat wird auf Beschluß des Verbandstages als Sonderabdruck erscheinen.

Maroke-Berlin referierte nun über den Münchner Gewerkschaftskongreß. Er verbreitete sich in der Hauptsache über die Grenzfreizügigkeit und über die Frage der Betriebsorganisation. Er wünscht, daß diese strittigen Punkte in München ihrer Lösung nähergebracht werden. Die Resolution, die allerdings die Vorstandskonferenz dem Kongreß unterbreite, bedeute eher eine Verschärfung des bisherigen Zustandes.

Cohen-Berlin empfiehlt dem Verbands- mit allen im Verstand kommenden Organisationen Fühlung zu nehmen, um eine Verständigung herbeizuführen. Einer endgültigen Lösung nach dem Wunsch der Gemeindegewerkschafter ständen die zu verschiedenenartigen Interessen der anderen Gewerkschaften gegenüber. Die Generalkommission bekräftigte es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben, in diesen strittigen Fragen allen Interessen nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Maroke erklärte in seinem Schlußwort, daß die Lösung der Grenzfreizügigkeit im Sinne der Betriebsorganisation keineswegs nur im Interesse der Gemeindegewerkschafter liege. Die Betriebsorganisation sei die höhere Form der Organisation.

Zum Gewerkschaftskongreß wurden drei Vorstandsmitglieder und weitere 15 Delegierte gewählt.

Zum internationalen Kongreß wurde der erste Vorsitzende des Verbandes bestimmt.

Hiermit waren die Arbeiten des Verbandstages erschöpft. Nach herzlichsten Abschiedsworten der dänischen Gäste und dem

Schlußwort des neuen Verbandsvorsitzenden Schmidt wurde der Verbandstag mit einem Hoch auf die Internationale geschlossen.

Der nächste Verbandstag findet 1917 in Nürnberg statt.

Gewerkschaftliches

— Die Unternehmerverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen proklamieren Tarifbruch. Die Bezirksverbände des Deutschen Unternehmerbundes für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen machen wieder von sich reden. Für sie ist der Tarifvertrag nur als ein Knebel für die Arbeiter gedacht. Und wo er das nicht mehr ist, da taugt er nicht. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachten die Unternehmer auch die Tarifinstanzen. Die Schlichtungskommissionen funktionieren so gut wie nicht, weil dort nicht sachlich, sondern nach Macht entschieden wird. Zum Tarifamt gehen die Unternehmer ebenfalls nur dann, wenn sie glauben, durch die tollsten Verdrehungen die Arbeiter ins Unrecht setzen zu können. Und die Entscheidungen des Haupttarifamts haben für sie auch nur dann einen Wert, wenn sie im Sinne der Unternehmer gefällt sind.

Wir könnten ein ganzes Register aufziehen, um unsere Behauptungen zu beweisen. Es genügt aber schon, wenn wir darauf verweisen, daß die Vorsitzenden der Schlichtungskommissionen sich wiederholt geweigert haben, eine Sitzung einzuberufen, wenn es sich um eine Beschwerde gegen einen Unternehmer handelte, und deswegen wiederholt vom Tarifamt verurteilende Entscheidungen gefällt worden sind. Es genügt wohl, wenn wir weiter auf eine Brüstung des Tarifamts in Essen hinweisen, die eine Firma Engelhardt sich leistete, die zur Verhandlung geladen aber nicht erschienen war, sondern ihre Abwesenheit in einem Schreiben motivierte, dessen Inhalt so verlegend gewesen sein muß, daß der Vorsitzende sich weigerte, es zur Verlesung zu bringen. Dieselbe Firma ist dann zu zwei weiteren Sitzungen, die anberaumt waren, nicht erschienen, ohne einen stichhaltigen Grund für ihr Nichterscheinen zu haben. Und diese Bestätigung des Tarifamts wurde von den Unternehmern noch geduldet insofern, als sie nur in Gegenwart der Firma in die Verhandlung eintreten wollten. Durch ihre Mithilfe sollte also die Sache weiter verschleppt werden. Weiter reden wir unser Urteil über die Stellung der Unternehmer zu den Tarifinstanzen mit einer mörlichen Äußerung des Unternehmers Walter-Röhlinghausen, die er nach einer Entscheidung des Haupttarifamts getan hat, und die lautet: „Darauf lassen wir uns nicht mehr ein!“ Der Unternehmer ist sogar Vorstandsmitglied des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Auch der gegenwärtigen Resolte in den Unternehmerverbänden liegt keine andere Absicht zugrunde, als sich die Gefügigkeit des Tarifamts zu erzwingen. Das geht schon daraus hervor, daß sie es wagen, zu schreiben, daß sie „keine besonders hohe Meinung von den Entscheidungen des Tarif- und Haupttarifamts haben“. Die unmittelbare Ursache zu dem jüngsten Vorstoß auf diesem Gebiete bietet ein Abwehrstreik der Püker in Essen bei einigen Unternehmern, die sich weigern, den seit 1906 bestehenden und von da ab von Zeit zu Zeit unter Mitwirkung des Unternehmerbundes erneuerten Vertrag der Stukkateure anzuerkennen, in dem der Lohn der Püker geregelt ist. Ein solcher Vertrag besteht auch heute noch. Bei der Umgehung dieses Vertrages sollte das Tarifamt behilflich sein, was sich aber in diesem Falle mit Recht für unzulässig erklärt hat, weil für den Stukkateurvertrag eine andere Tarifinstanz besteht. Daraufhin haben die Unternehmer demonstriert die Sitzung verlassen, und nachdem sie in der Westdeutschen Arbeitgeberzeitung noch der Welt die wissentliche Unwahrheit verkündet, daß die Arbeiter daran sind, dem Baugewerbe einen großen Teil seines bisherigen Tätigkeitsetriebes zu entziehen, haben die Verbände in einer am 20. Mai in Münster i. W. abgehaltenen Versammlung beschlossen, ihre Tätigkeit an dem Tarifamt einzustellen. Dieser Beschluß, durch den das Tarifamt arbeitsunfähig gemacht wird, ist dem Vorsitzenden des Tarifamts bereits mitgeteilt. Er enthält eine offene Proklamation zu einem ausgesprochenen Tarifbruch, dem in einem Schreiben an die Zentralvorstände der Arbeiterorganisationen durch die Drohung mit den „geeigneten Maßnahmen der Selbsthilfe“ die Krone aufgesetzt wird. — So sieht die vielgepriesene Vertragsstrenge der Unternehmerverbände aus. Auch unter dem Schutze des Tarifvertrages sollen sich die Arbeiter den frechen Uebermut der Unternehmer fügen. Immer dreier treten sie mit ihren Abichten hervor. Erst einzelne Unternehmer, die sich um den Vertrag nicht kümmern, dann ein Bezirksverband, der für seine Mitglieder, die sich nicht in die Ordnung fügen, Streikbrecher befördert. Und schließlich ein Verein der Unternehmerverbände, der den Tarifvertrag mit seinen Bestimmungen einfach über den Haufen wirft, weil er seinen Willen nicht durchsetzen konnte. Und der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe steht daneben als ein ohnmächtiger Greis, der sich nicht zu helfen weiß.

— Schmählicher Reinkass der Christlichen. Am Donnerstags den 27. Mai fanden die Wahlen der Vertreter zum Versicherungsamt Kreis Konstanz statt. Die Christlichen, die mit einem großen Sieg rechneten, erlitten schon dadurch eine Enttäuschung, daß sie nur etwas über 500 Stimmen ausbrachten, während unsere Genossen 7000 Stimmen erhielten. Sie hatten aber dann noch das Pech, daß ihre sämtlichen Stimmen für ungültig erklärt und ihnen infolgedessen kein einziger Vertreter zugesprochen wurde.

— Die Brutalität der Konkurrenzklausel. Wie sehr die Angeestellten unter der Konkurrenzklausel zu leiden haben, zeigt wieder einmal ein Fall, der sich vor dem Bremer Gewerbegericht am 29. Mai abgespielt hat. Ein Kaufmann klagte gegen einen Boten, weil dieser in seiner Entlassung einer Anzahl Personen Zeitschriften geliefert hatte, obgleich er sich verpflichtet hatte, nach der Entlassung sechs Monate lang keine buchhändlerischen Zeugnisse zu vertreiben. Das Unglaubliche geschah: Nachdem der Beklagte nachwies, aus Not zum Vertrieb der Zeitschriften gezwungen gewesen zu sein, wurde er vom Gewerbegericht zur Einhaltung des Vertrages verurteilt, gegen eine Haftstrafe von einer Woche für jeden Verstoß. Da der Angeklagte erklärte, zahlungsunfähig zu sein, wurde von einer Geldstrafe abgesehen.

— Der Streit der Maler und Anstreicher in Coblenz dauert nun bereits sechs Wochen. Trotzdem insgesamt 33 Unternehmer mit 140 Gehilfen den Tarifvertrag unterschrieben anerkennen, weigern sich die paar noch übrigbleibenden organisierten Unternehmer hartnäckig, dieselben Bedingungen zu akzeptieren. Von den organisierten Unternehmern haben vier den Tarif unterschrieben anerkennen und sind aus dem Arbeitgeberverband ausgestiegen. Es merken jetzt noch ein Unternehmer, die vor dem Streit etwa 80 Gehilfen beschäftigten, bestreikt. Die Streikenden sind trotz der schwarzen Liste, die jede Woche prompt in der Westdeutschen Malerzeitung veröffentlicht wird, bis auf wenige in Arbeit. Der Streit geht daher weiter bis die Anerkennung des Tarifes erreicht ist. Die Fernhaltung des Zuguges ist auch fernerhin dringend geboten!

— **Wahl der Versicherungsvertreter.** Bei der Wahl der Vertreter für das Versicherungsamt Elberfeld wurden für die Liste der freien Gewerkschaften 28 878 Stimmen abgegeben. Auf die christliche Liste entfielen 5979 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhielten 5 Vertreter und 10 Ersatzmänner, die Christlichen 1 Vertreter und 2 Ersatzmänner. — In Barmen wurden für die freien Gewerkschaften 20 856 und für die Christlichen 15 449 Stimmen abgegeben. Hier erhalten die freien Gewerkschaften 4 Vertreter und 6 Ersatzmänner, die Christlichen 2 Vertreter und 6 Ersatzmänner.

— **Beendete Aussperrung in der Steinindustrie.** Am 1. März wurden in den Granitwerken des Fichtelgebirges 1500 Brecher, Steinmehnen und Schleifer ausgesperrt. Für die 900 Arbeiter in den Schleifereibetrieben kam es vor 14 Tagen zu einem Tarifabschluß, wobei die Ausgesperrten Zulagen in der Höhe von etwa 5 Prozent erhielten. Für die Steinmehnen und Brecher in der Werksteinindustrie (es kommen 600 Mann in Betracht) ist nun der Kampf ebenfalls beendet worden. Es wurde ein Tarifprovisorium bis zum 31. Januar 1913 geschaffen, dabei wurden die Akkordpositionen durchweg erhöht. Bis zum Ablauf des Provisoriums müssen die neuen Tarifverhandlungen beendet sein. Es kommt dann ein Bezirksarbitrium zum Abschluß. Im Fichtelgebirge haben somit die Unternehmer mit ihrer Aussperrungsmethode also ein glattes Niederlage erlitten, trotzdem sie vor Jahresfrist dem „Industrieschutzverband“, besser gesagt, der Streikversicherungs-gesellschaft, beitraten. Der Steinarbeiterverband hat in diesem Jahre schon große Lohnkämpfe zu führen gehabt, die für die Arbeiter ein günstiges Resultat zeitigten. Die Lohnkämpfe in den Granitwerken des bayerischen Waldes und in Wirsberg dauern noch an.

— **Ueber die Fleischwarenfabrik von H. C. Siems-Appen ist die Sperre nachhängig.** Vor einiger Zeit wurde schon über die Differenzen bei der Firma J. C. Siems-Appen, die ausschließlich Büchsenfleisch (Cornedbeef) fabriziert und ihre Produkte unter dem Namen Siems-Krausfleisch in den Handel bringt, berichtet. Es ist nichts unversucht geblieben, die schwerverbundenen Differenzen zu beseitigen. Auch die Vermittlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine scheiterte. Die Firma ist eben zu einer Einigung mit der Fleischerorganisation nicht bereit. Da nun alle friedlichen Mittel erschöpft waren, hat die Organisation jetzt die Sperre über den Betrieb verhängt und ersucht um strengste Beachtung dieser Sperre. Folgende Büchsenfleischfabriken sind frei: Louis Wolf, Hannover, Jakobstraße; Gebr. Rostock, Elmshorn i. Holst.; Emil Krause, Altona, Große Freiheit 6—8; Wimmerländische Fleischwarenfabrik, Zwischenahn i. Old.; A. Rappen, Wschhausen b. Zwischenahn; Otto John, Berlin-Reinickendorf, Berlinerstraße 104a.

— **Zum Kaffeler Brauereiarbeiterstreik.** Den Kaffeler Brauereien brennt die Not um ewandte Arbeitskräfte auf den Nägeln; dies wird bewiesen durch die Suche nach „inorganisierten“ Brauereiarbeitern in allen Teilen Deutschlands. In dem Briefe an einen „Inorganisierten“ verspricht die Brauerei A. Kropp 29,50 Mark Wochenlohn und außerdem 6 Mark Biergeld. Der Brauereiarbeiter muß sich verpflichten, vorläufig auf dem Brauereigrundstück zu bleiben und sich verpflegen zu lassen. — In Essen glaubte ein Streikbrecheragent lange acht Arbeitswillige für Kassei gebungen zu haben, die er mit Lebensmitteln für die Reise versorgte. Trotz vieler Versprechungen verzichteten aber die Angeworbenen auf die Reise nach Kassel.

Daß die Polizei es als ihre heiligste Aufgabe betrachtet, Kapital und Mäurer zu schützen, wurde schon berichtet, jedoch werden dazu nicht nur uniformierte und Kriminalbeamte verwendet, sondern seit einigen Tagen auch Polizeihunde, und es ist geradezu skandalös, was sich Steuerzahler — denn Arbeiter sind das doch in hohem Maße — bieten lassen müssen.

— **Gewerbegerichtswahl in Ludwigshafen.** Bei der am Dienstag beendigten Gewerbegerichtswahl in Ludwigshafen entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 7653 Stimmen, auf die der christlichen Gewerkschaften 566 Stimmen. Die gelben Werkvereine, die sich zum ersten Male an der Wahl beteiligten und mit Unterstützung der Unternehmer ihren letzten Mann zur Wahlurne brachten, erhielten 2401 Stimmen; die geradezu scholle Agitation der Gelben, die mit den bekannten Terrorismusrufen haufen gingen, hatte den Erfolg, daß die Stimmenzahl der freien Gewerkschaften gegen die Vorwahl um 1766 Stimmen zunahm. Die Christlichen büßten 56 Stimmen ein. Nach dem Stimmenverhältnis fallen den freien Gewerkschaften 14 (bisher 18), den Christlichen 1 (bisher 2) und den Gelben 5 Sitze zu. Die Wahl der Unternehmerbeisitzer brachte unserer Liste 5 (bisher 5) Sitze, während die Gegenliste 15 (bisher 15) Sitze erhielt.

— **Zusatz zum Besuch der Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig.** Die Finanzkommission der Stadt Solingen bewilligte unter anderem dem Verband der Deutschen Buchdrucker Ortsverein Solingen, zum Besuch der internationalen Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig 160 Mark Zusatz, dem Verband der Lithographen 50 Mark und dem Buchbinderverband (Verwaltungsstelle Solingen-Wald) für die Solinger Mitglieder ebenfalls 50 Mark als Beihilfen. Da die Kommission über Beträge bis zu 300 Mark selbständig entscheidet, ist der Beschluß endgültig.

— **Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter im Jahre 1913.** Auch im Jahre 1913 hatte der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wieder einen wenn auch nicht sehr erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Er betrug 578 von Jahresfrist zu Jahresfrist oder 1793 im Jahresdurchschnitt. Die technische und kapitalistische Ent-

wicklung arbeiten gleichsam an der Verminderung der benötigten Arbeitskräfte, vornehmlich in der Brauindustrie, und erschweren so den Aufführung der Organisation; die Kleinbetriebe verschwinden immer mehr, Fusionen und Betriebsjüngungen erfolgen und die in Mitteleuropa gezogenen Arbeiter finden nur zum kleinen Teil in der Industrie wieder Aufnahme. Unter diesen Umständen ist der Fortschritt in der Mitgliederzunahme zufriedenstellender, als es nach den nackten Zahlen scheint. Am Jahresschluß war der Mitgliederbestand 51 317, gegen 50 739 Ende 1912. Die Gesamteinnahmen des Verbandes beliefen sich im Jahre 1913 auf 1 272 944 Mark; gegen das Vorjahr mehr: 54 937 Mark. Daraus entfallen 1 197 165 Mark auf Beiträge und Eintrittsgelder (gegen das Vorjahr 35 763 Mark mehr). Die Ausgaben erreichten die Summe von 1 024 743 Mark (931 716 Mark im Vorjahre). Der Vermögensstand der Hauptkasse stieg von 1 458 806 Mark Ende 1912 auf 1 704 402 Mark Ende 1913. Das Vermögen der Lokalkassen in Höhe von 362 344 Mark in Rechnung gestellt, ergibt für Ende 1913 ein Gesamtvermögen von 2 086 746 Mark. Nach der Mitgliederzahl am Jahreschluß entfällt auf das Mitglied ein Vermögen von 40,66 Mark. — Von den Ausgaben entfallen auf Streik- und Gemeindeförderunterstützung 113 055 Mark, auf sonstige bare Unterstüttungen 396 667 Mark, zusammen 509 722 Mark; davon beanspruchte die Krankenunterstützung die Summe von 241 505 Mark, die Arbeitslosenunterstützung 99 427 Mark. Aus den Lokalkassen wurden außerdem noch 50 793 Mark Unterstüttungen verausgabt.

Umfangreich war im Berichtsjahr wieder die Organisationsarbeit zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsarbeiter. Zu dem Zweck wurden 371 Angriffsbewegungen geführt, die 744 Betriebe mit 18 570 beteiligten Personen betrafen. Nur 15 Bewegungen endeten ohne Erfolg. Die weitaus größte Zahl der Bewegungen wurde ohne Streit erledigt und zwar 325, an welchen 638 Betriebe und 17 215 Personen beteiligt waren. Diese Ziffern bezeugen, daß den Organisationen eben die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Selbstzweck ist und nicht der Streit, wie der Chorus der Scharfmacher und Reichsverbändler behauptet. Erwähnenswert ist hierbei die große Zahl der Abwehrbewegungen, welche die Organisation zu führen hatte, und zwar mit Erfolg in 320 Fällen, in 48 Fällen blieb der Erfolg aus. Bei dieser großen Zahl Bewegungen ist die Zahl der Kämpfe als gering zu bezeichnen, die der Verband zu führen hatte: einschließlich der vom Jahre 1912 übernommenen waren es 42 Angriffstreiks, 28 Abwehrstreiks, und 9 Aussperrungen waren abzuwehren. Die an den Kämpfen beteiligte Personenzahl beträgt 1853.

Die erzielten Erfolge der Angriffsbewegungen stellen sich auf 50 Pfennig bis 7,50 Mark pro Woche und Person Lohnverhöhung oder im Durchschnitt 1,40 Mark pro Person und Woche, an Arbeitszeitverkürzung bis zu 2 Stunden pro Tag, im Durchschnitt 2,9 Stunden pro Woche. An der Lohnverhöhung nahmen 16 343 Personen teil, an der Arbeitszeitverkürzung 11 537. Auch, wenn es noch über eine ganze Reihe anderer Verbesserungen zu berichten, wovon nur der Utaub der Weiterverwertung des Lohnes Erwähnung finden mag, der für 7231 Personen entweder neu errungen oder verbessert wurde. Der Utaub ist so gut wie allgemein in der Brauindustrie durchgeführt; er findet auch immer mehr Eingang in der Brauindustrie und in der Mühlenindustrie trotz aller Scharfmacherei und Rücksichtlosigkeit, die dort noch vorhanden und zu überwinden ist. Das Tarifvertragsverhältnis hat wieder Fortschritte gemacht, so sehr auch gewisse Syndikate von Brauereivereinigungen sich bemühen, den organisierten Brauereiarbeitern das Tarifverhältnis zu verkleinern, und obwohl nach der Mehrzahl der Unternehmer der Mühlenindustrie Tarifgegner aus Prinzip sind. Wieder wurden 330 Verträge neu abgeschlossen, erneuert. Die Organisation hat also im Berichtsjahre wie immer ihr bestes getan, den Interessen der Berufsarbeiter gerecht zu werden; die Mitglieder sollten dafür quittieren durch wirksame Aktion.

Soziales

— **Die Warenausstellungen der Konsumvereine.** So entnehmen wir der Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz, die lediglich deshalb veranstaltet werden, um der verlogenen Behauptung der Händler, „im Konsumverein sei alles teuer“, entgegenzutreten, sind diesen Herrschaften sehr unangenehm. Das bewies auch die Tagung des Verbandes kaufmännischer Genossenschaften, die dieser Tage in Dortmund stattfand. Man nahm folgende Resolution an:

Der Verbandstag protestiert gegen die sogenannten Warenausstellungen der Konsumvereine, die den Zweck haben, dem kaufenden Publikum die Billigkeit der Konsumvereinswaren vor Augen zu führen und so zeigen, daß es beim Kaufmann überverteilt werde. Es ist in vielen Fällen festgestellt worden, daß bei der Gegenüberstellung der Preise und der Vergleichung der Waren unwahre Angaben gemacht wurden, wodurch das kaufende Publikum zweifellos abgelenkt und getäuscht werden sollte. Der Verbandstag fordert die Detailisten auf, ihr scharfes Augenmerk auf diese Warenausstellungen zu richten und jede Unlauterkeit zu veröffentlichen. Der Verbandstag erwartet, daß die Gerichtsbehörden gegen die Warenausstellungen der Konsumvereine, sobald Unlauterkeit nachgewiesen ist, die öffentliche Klage erheben, da bei diesen Ausstellungen doch ein sehr großes öffentliches Interesse vorliegt.

Das nennt man aber gut gebrüllt! Zunächst einmal muß gesagt werden, daß es gar nicht Zweck der von Konsumgenossenschaften vorgenommenen Warenausstellungen ist, dem kaufenden Publikum die Billigkeit der Konsumvereinswaren vor Augen zu führen, sondern es überhaupt nicht Zweck der Konsumgenossenschaften ist, bei den durch sie vermittelten Gütern in erster Linie auf Billigkeit zu sehen. Wenn die Händler über unwahre Angaben, ja sogar über absichtliche Täuschung so mürberlich schreiben und wenn sie nach dieser Richtung von „vielen Feststellungen“ schwadronieren, dann ist nicht zu verstehen, daß solche für sie doch sehr wichtige Umstände nicht schon längst dem Staatsanwalt überbracht wurden. Aus solcher Billigkeit kann man mit Grund den Schluß ziehen, daß die

Krämer aus Mut darüber, daß sie bei den erwähnten Vergleichen schlecht abschneiden, starr in blauem Dunst stehen. Sonst brauchte man doch auch nicht das „öffentliche Interesse“ vorzuschieben. Dem Anschein nach ist es der Herren aber bei allem Geschrei doch um die bei Klagen entstehenden Gerichtskosten bange! Sie wissen, daß auch da den Leuten die Hunde beißen. Daß im übrigen die Krämer gewohnt sind, bei den Konsumgenossenschaften der kapitalistischen Volkstasse eine andere Lippe zu riskieren, als wenn es sich um Lieferanten und Großhändler handelt, ist bekannt und kann bei einem Vergleich der Entschlebung, die gegen die Konsumgenossenschaften und der, die gegen die Lieferanten gerichtet ist, erneut festgestellt werden. Und doch haben die Krämer die Lieferanten in starkem Verdachte, daß deren Vorgehen zu einer vollständigen Umänderung der Wirtschaftsordnung führen werde, während es sich bei den Konsumgenossenschaften im vorliegenden Falle nur um einfache Warenausstellungen handelt! Aber das Beste kommt zuletzt. Der Bericht der Dortmunder Zentralzeitung Tremonia über diesen Teil der Tagesordnung weicht von der Darstellung des Amtsblatts ab. Die Tremonia faßt das Referat Töpfens wie folgt zusammen:

Der Redner betonte, daß der Kampf ums Dasein in heutiger Zeit immer härtere Formen annehme. Der Kampf um den Abzug der Waren werde für die Detailisten immer schwieriger. Nach oben gelte es zu kämpfen gegen Fabrikanten, Großisten, Trusts, Syndikate, ferner gegen Konsumvereine, Warenhäuser, heimlichen Warenhandel, unlautere Konkurrenz in den eigenen Reihen, nach unten hin gegen diejenigen, die ohne kaufmännische Kenntnisse und ohne genügende Farmittel sich als Kaufleute verkleiden wollten. Zu gerne möchten Warenhäuser und Konsumvereine der Welt zeigen, daß sie leistungsfähiger seien als der selbstständige Detailist, sie möchten gerne den selbstständigen Detailisten an die Wand drücken. Der Redner ging dann insbesondere auf die Kampfesweise der Konsumvereine ein und kennzeichnete das Verhalten derselben den Detailisten gegenüber als unlauteren Wettbewerb, dem aber auf Grund des Gesetzes kaum beizukommen sei.

Trotzdem dann aber die hanebüchene „Resolution“! Die Tremonia schrieb weiter:

In der Erörterung über diesen Vortrag wurde die Schaffung einer Zentrale verlangt, an die alles Material über die Konsumvereinsbewegung, insbesondere über falsche Behauptungen hinsichtlich der Preise des selbstständigen Kaufmanns, gelangen sollen. Der Vertreter der österreichischen Kaufmannschaft empfahl, mit aller Schärfe gegen unwahre Darstellungen bei Warenausstellungen seitens der Konsumvereine vorzugehen und eventuell einen Skandal in der Ausstellung herbeizuführen. Der Verbandsdirektor betonte entgegen den Ausführungen des österreichischen Vertreters, daß unter keinen Umständen zu Gewaltmitteln gegriffen werden dürfe, da man sofort die öffentliche Meinung gegen sich habe und mit Recht gelacht werden könne, es mühe um die Sache der Detailisten schlecht bestellt sein. Die Wahrheit würde sich doch Bahn brechen.

Also wollte der forsche österreichische Burck wohl gleich alles kurz und klein schlagen haben, wenn die Konsumgenossenschaften der Annahme nach bei Warenausstellungen unwahre Behauptungen vorbrächten. Dieser Mangel an Vertrauen zu andern Hilfsmitteln zeigt klar, wie es in den Köpfen manches „Kaufleute“ aussieht.

— **Kulturaufgaben dürfen keinen Aufschub erleiden.** Schon im Jahre 1897, also vor 17 Jahren, wurde in Reudnitz bei Greiz wegen der damals bereits überfüllten Klassenzimmer ein Schulneubau als notwendig erachtet. Sehn Jahre später wurde vom Schulvorstand der einstimmige Beschluß gefaßt, ein Schulhaus zu bauen. Der Bau wurde jedoch wegen der im Jahre 1908 mit einem Kostenaufwand von circa 60 000 Mark erbauten Wasserleitung auf einige Zeit verschoben. Trotzdem bereits eine Anzahl Baupläne beschickt und zahlreiche Sitzungen abgehalten, ja sogar ein Kaufvertrag unter Vorbehalt der Genehmigung der Oberbehörde abgeschlossen wurde, ist wider Erwarten dieser Platz nicht genehmigt worden. Seit sieben Jahren nun suchte der Schulvorstand nach einem geeigneten Platz, um endlich das notwendige Schulhaus darauf errichten zu können. Und siehe, der schon früher gewählte, sehr schöne und frei gelegene Platz wurde schließlich nach vielen Sitzungen doch noch dazu bestimmt und vom Konfistorium mit der Begründung genehmigt, daß ein Fußweg für die Schulkinder gleichzeitig mit angelegt werde, damit diese nicht direkt vom Schulhaus auf die sehr belebte Staatsstraße gelangen. Mit dem gewählten Platz war man in der Gemeinde zufrieden und der Kaufvertrag wurde mit dem Besitzer abgeschlossen. Leider war der Platz zu eng begrenzt, so daß neue Schwierigkeiten entstehen. Es ist nun 70 Jahre her, daß Reudnitz aus dem Schulbezirk Herrmannsdorf ausgegliedert ist, und bis heute besitzt die Gemeinde noch kein vorrichtsmäßiges Schulhaus, sondern zwei angekaufte und noch nicht bezahlte Wohnhäuser mit kleinen und tiefen Lebzimmern und außerdem noch ein Reservestübchen in einem Gasthof. Dieses Zimmer sollte nur kurze Zeit zur Mithilfe dienen und nunmehr ist dieses schon über drei Jahre in Gebrauch.

Deutschland in der Welt voran!

— **Einen neuen Einblick in das Elend der Hausindustrie** gewährt uns der neueste Bericht des kaiserlichen Gewerbeinspektors in Arnstadt. Bei einer Thermometermacherfamilie, so heißt es da, waren drei Kinder infolge Quacksilbervergütungen derart zurückgeblieben, der Sprache verlustig gegangen, nahezu völlig verblödet und zeitweilig am Körper mit eiternden, schwer zu heilenden Geschwüren beoet, daß auf Grund ärztlichen Rates eine Aufnahme im Waisenstift des Bades Blankenburg stattfand. Und an einer andern Stelle sagt der Inspektor: „Obgleich der Verdienst der Leute nicht schlecht ist, kann von einer befriedigenden Lebenshaltung der Arbeiter doch nicht gesprochen werden, da die Lebensmittel, insbesondere das Fleisch, auf der selber Höhe im Preise geblieben sind. Die erschwerten Existenzbedingungen machen das Mitbedienen der Angehörigen zur gebotenen Regel. Die Arbeiterfrauen wenden sich neben der Arbeit in gemerblichen Betrieben selbst vor allem der Heimarbeit in steigendem Maße zu und ziehen zu dieser Arbeit in ebenfalls steigendem Maße die Kinder von frühesten Jugend an heran.“

Ein gelber Verdächtiger der „Volksfürsorge“ verurteilt. Der gelbe Arbeitersekretär Edmund Fichtner in Waldenburg (Schlesien), ein Helfershelfer der Kappischen „Volksfürsorge“, hatte ein gefährliches Flugblatt gegen die Arbeiter verbreiten lassen, als auch an die Unternehmer Schlesiens verandt. Das Flugblatt operierte ganz nach reichsverbändlicher Manier mit der „sozialdemokratischen Volksfürsorge“, und war so gehalten, daß der Vorstand der „Volksfürsorge“ dem guten Mann durch eine Klage auf Grund des § 14 des Gesetzes gegen den unfaulanten Wettbewerb Gelegenheit gab, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Die Verhandlungen wurden lange hingezogen. Der Beklagte brachte immer neue von Kapp ihm zur Verfügung gestellte Zeitungsausschnitte bei, aber alles waren keine Beweise für die erhobenen Beschuldigungen. Am letzten Freitag verurteilte nun das Schöffengericht in Waldenburg den Beklagten, die Behauptung und Verbreitung folgender Tatsachen:

1. die „Volksfürsorge“ verwende etwa 33 1/2 Prozent des Geldes ihrer Verkauften, um politische Demagogien zu betreiben;
2. in sozialdemokratischen Blättern sei zu lesen gewesen, die „Volksfürsorge“ stelle 45 000 Beamte ein, die sie besolden müßte;
3. die „Volksfürsorge“ habe für den Posten eines Generalagenten 20 000 Mark ausgelegt;

Da auch andere Gegner der „Volksfürsorge“ mit den Fichtnerschen Behauptungen kreihergegangen sind, werden sich die Herren den Fichtnerschen Reinfall wohl merken und die „Volksfürsorge“ jetzt mit derartigen Verleumdungen verschonen.

Vermischtes

Das Ende der Leutenot. Des Dr. Hertel Deutsche Tageszeitung ist auf einen verflucht gezeichnet Gedanken gekommen, wie man am wirksamsten der vielbetagten Leutenot auf dem Lande abhelfen könne. Nicht etwa, daß das Sprachrohr der Agrarier den von unserer Seite so oft gemachten Vorschlag unterstützt, den Landarbeitern durch anständige Be-

zahlung und menschenwürdige Behandlung den Anreiz zur Landflucht zu nehmen. Solche sozialistischen „Hirngespinn“ gingen ja gegen die Prinzipien des Unternehmens, das nach dem Maße huldigt, das Stichtungsrecht sei ein göttgewollter Zustand gutsherrlicher Autorität. Wenn die Deutsche Tageszeitung gegen die Leutenot auftritt, soll auch für ihren Beitrag ein finanzieller Erfolg herauspringen. Und darum will sie die Leutenot wie folgt beseitigen:

Gegen die Leutenot schlägt sich der Landwirt am wirksamsten, wenn er seine Interessen möglichst zeitig in der Deutschen Tageszeitung publiziert.

Rechts auch den Landwirten wenig helfen wird, für die Deutsche Tageszeitung ist es ein ganz einkräftiges Geschäft und das ist ja schließlich der Zweck der Uebung.

Immer weiter in der Mordtechnik. Der Frankfurter Zeitung wird aus Mailand berichtet: Dem Ingenieur Ulivi in Florenz ist es gelungen, eine Erfindung zu machen, um Minen und Bomben auf große Entfernungen zu zerstören. Die Erfindung ist bereits in Florenz in Anwesenheit von Technikern und hohen Offizieren ausprobiert worden und wird in der Ballistik, der Sprengstofftechnik und im Kriegswesen überhaupt bedeutende Veränderungen zur Folge haben. Sie ermöglicht es, die Pulverkammern der Schiffe und Forts sowie Munitionslager und überhaupt alle mit Sprengstoff gefüllten Gefasse in großer Entfernung zu zerstören. Die Erfindung beruht auf einer von Ulivi beobachteten Erscheinung, daß ultraviolette Strahlen, die am langsamsten schwingenden des Spektrums, elektrische Funken aus entfernten Metallkörpern hervorbringen können. Ulivi hat einen Apparat gebaut, der verhältnismäßig leicht und einfach ist und von einem Maultier getragen werden kann. Der Apparat findet durch einen kugelförmig endenden elektrischen Projektor — den Auslöser der ultravioletten Strahlen — Geschosse auf, erzeugt elektrische Funken auf ihrer Metallhülle und bringt dadurch die Sprengstoffe im Innern der Hülle zur Explosion. Die Versuche, die bisher in Florenz gemacht wurden, haben die Brauchbarkeit der Erfindung erwiesen. Vom Monte Senario aus zerstörte Ulivi auf siebzehn Kilometer Entfernung vier im Arno schwimmende Bomben, die mit einem

wirkamen Stollmaterial umgeben waren. Zwischen dem Apparat und den zerstörten Bomben lagen die Hügel von Fiesole und die Uferdämme des Arno. Der Erfinder baut jetzt einen neuen Apparat, der auf 100 Kilometer Entfernung wirken soll. Frankreich, Rußland und Deutschland haben bereits Anerbietungen gemacht, doch wird er sein Vaterland Italien bevorzugen. Ulivi hat übrigens in einer deutschen technischen Hochschule studiert.

Wenn sich die Nachricht bestätigt — und die Frankfurter Zeitung steht nicht im Rufe, sich einen Bären aufzubringen zu lassen —, dann sind die Dreadnoughts altes Eisen und die Leistungswerte und Rüstungsforts eine Gefahr statt eines Schutzes. Das heißt, die ganze Wissenschaft vom Massenmord wäre auf den Kopf gestellt durch ein neues Mittel zum Massenmord. Was dann? Abrüstung, Verzicht auf die nun unwirksam gewordene Wehrmacht? Nein! Das wäre ja vernünftig, folglich geschieht es nicht! Vielmehr wird nun versucht werden, Mordwerkzeuge zu schaffen, die der Zerstörung aus der Ferne nicht ausgesetzt sind. Auch diese Frage muß die Technik im Interesse der Imperialisten lösen.

Wenn er je oder wenn er je nit? Ein alter, aber immer noch guter Witz macht von den Münchener Neuesten Nachrichten aus die Kunde: Eine bairische Gemeinde forderte zum Kampf gegen die Maitäfer auf und versprach 5 Mark für eine hundert Liter haltende Maß. . . . Und jung und alt ging auf die Kämmernjagd. Der Heizer konnte oft nicht genug lachendes Wasser herbeschaffen für das heiße Maitäferbad. Wieder stellte ein Bauer drei große Sad voll eingefangener Schädlinge dem maßnehmenden Beamten hin mit den Worten: „Sol steht hönmet Se und nehmet mir mine Chäzere ab!“ Verwundert schaute der Beamte auf; der Dialekt hatte ihn stuhig gemacht, denn so spricht kein bairischer Bauer. Ganz im Muntstone fragt er: „Woher kommen Sie? Wo haben Sie die Käfer gefangen?“ — „Bei uns!“ lautete die Antwort. Der Beamte: „Woher sind Sie?“ — „Aus dem Thurgau!“ sagt der Mann. Der Beamte: „Werden nicht abgenommen! Käfer wieder mitnehmen.“ Der Thurgauer: „In Ihrem Muntschriebe hent Se amwer dei Grenz g'fekt! Da sinn die Chäzere! Wenn er je oder wenn er je nit? Wenn Ihr je nit wenn, loß ich's drusse stange! Mir is's glück!“

19. Ziehung 5. Kl. 4. Preuss.-Süddeutsche (230. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 30. Mai 1914 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die hundertste und je einer auf die tausendste Stelle der gezogenen Nummer.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

110 235 38 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

20. Ziehung 5. Kl. 4. Preuss.-Süddeutsche (230. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 30. Mai 1914 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die hundertste und je einer auf die tausendste Stelle der gezogenen Nummer.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

110 235 38 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

38 44 377 550 744 54 845 641 61 1121

21. Ziehung 5. Kl. 4. Preuss.-Süddeutsche (230. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 30. Mai 1914 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die hundertste und je einer auf die tausendste Stelle der gezogenen Nummer.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den berechtigten Nummern in Klammern beigefügt.

Mühlenbesitzer Dahlmann-Schönsted und Schaffner-Zuckau, Hofbesitzer Lemon-Baschkentampe, Rittergutsbesitzer Hoene-Pempau und Gutsbesitzer Hannemann-Brünhausen.

Öffnung des Gartens der Friedrich-Wilhelm-Schützenbruderschaft für das Publikum. Die Friedrich-Wilhelm-Schützenbruderschaft hat, den Wünschen der städtischen Behörden und der Bürgerschaft entgegenkommend, beschloffen, den schönen Park hinter dem Schützenhause künftig an zwei Tagen der Woche, und zwar am Mittwoch und Sonnabend nachmittags von 1 bis 7 Uhr dem Publikum zu öffnen.

Auch zu anderer Zeit ist die Besichtigung des Gartens nach vorgängiger Anmeldung bei dem Pförtner gestattet.

Die neue städtische Badeanstalt für Männer im Moltkauerumflossmal vor dem Werder Tor ist seit einigen Tagen in Betrieb und wird fleißig benutzt. Sie liegt rechts vom Werder Tor und enthält Bassins für Schwimmer und Nichtschwimmer. Die Anlage macht einen sauberen, freundlichen Eindruck.

Auf der andern Seite der Werder Tor-Brücke liegt die Badeanstalt für Frauen und Mädchen. Die Eröffnung erfolgt in einigen Tagen.

Salzsäure hatte ein junges Mädchen getrunken, um sich zu vergiften. Man brachte das Mädchen zur Unfallstation der Feuerwehr, wo es unter großen Schmerzen zusammenbrach. Die Lebensmüde fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

An der Schichauwerk fand man die Leiche des jugendlichen Mettenwärmers Anton Goll, Neuschottland 24, der bei Schichau beschäftigt war. In der Mittagspause am 28. Februar 1914 wurde sein Verschwinden bemerkt. Alle Nachforschungen waren vergeblich. Jetzt nach drei Monaten geben die Fluten ihr Opfer von selbst zurück.

Polizeibericht vom 3. Juni 1914

1. **Verhaftet:** 14 Personen, darunter 3 Personen wegen Diebstahls, 1 Person wegen Stillschleppens, 1 Person wegen Sachbeschädigung, 3 Personen wegen groben Unfugs, 5 Personen wegen Trunkenheit.

2. **Gefunden:** Ein toter Geldbetrag von über 10 Mark; eine Browningpistole; ein Schlüssel mit einem Brett; eine Kinder-Perlenhandtasche mit Taschentuch und Gullischin, abgehoben aus dem Fundbüro des königlichen Polizeipräsidiums; ein schwarzer Herrenschirm mit gebogener Krüde, abgehoben aus der Werkstatt der städtischen Markthalle; ein Damenkleid, abgehoben aus dem Geschäft von Baumann, Hauptstraße Nr. 129; ein schwarzer Damenkleid mit gerader Krüde, abgehoben von Fräulein Charlotte Noefiger, Bärenweg Nr. 4; eine gelbe Schildpattorgnette, abgehoben von Frau Johanna Bindenau, Trinitatisstraße Nr. 8, part.

3. **Verloren:** Ein schwarzes Portemonnaie mit über 13 Mark; ein heller Sommerpaleot; eine runde Umhängetasche, mit echten Perlen besetzt; eine goldene, längliche Nadel, mit Diamanten besetzt; eine goldene Brosche in Schlangengestalt mit zwei blauen Steinen; ein goldenes Kettenarmband (gez. G. B. 24. 12. 12); eine weiße Damen-Perlenhandtasche mit Inhalt, abzugeben im Fundbüro des königlichen Polizeipräsidiums.

Danziger Standesamt vom 3. Juni.

Danzig.

Todesfälle: S. d. Eisenbahnarbeiters Friedrich Politt, 6 W. — Witwe Auguste Kreschmann, geb. Timm, 82 J. 9 W. — Witwe Amalie Pappe, geb. Schül, 80 J. 3 W. — Witwe Justine Hein, geb. Fischer, 72 J. 5 W. — Königl. Oberpostrevisor Franz Weiskamp, 53 J. 8 W. — Schlossermeister Paul Bruno Marzahn, 33 J. 4 W. — Privatier Maria Kaiser, 79 J. 7 W. — Besitzer Hermann Warschau, 44 J. 5 W.

Danziger Viehpreise

vom 3. Juni

für 50 Kilo Lebendgewicht.

Ochsen: Vollfleischige, ausgewaschene höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 47 Mark, junge fleischige, nicht ausgewaschene und ältere ausgewaschene 40—44 Mark.

Kühen: Vollfleischige, ausgewaschene höchsten Schlachtwerts 43—45 Mark, vollfleischige, jüngere 40—43 Mark, mäßig genährte junge und gut genährte ältere 34—37 Mark, gering genährte bis 33 Mark.

Färsen und Kälber: Vollfleischige, ausgewaschene Kälber höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 38—40 Mark, ältere ausgewaschene Kälber und wenig gut entwickelte jüngere Kälber und Färsen 33—36 Mark, mäßig genährte Kälber und Färsen 28—32 Mark, gering genährte Kälber und Färsen bis 25 Mark.

Säuer: Doppeltender, fetter Mast 80 Mark, feinste Mastkälber 55—60 Mark, mittlere Mast- und beste Saugkälber 50—54 Mark, geringere Mast- und gute Saugkälber 40—48 Mark, geringere Saugkälber bis 35 Mark.

Schafe: Letztere Masthammel, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe 39—41 Mark, mäßig genährte Hammel und Schafe (Werkchafe) 29—33 Mark.

Schweine: Vollfleischige von 120 bis 150 Kilogramm Lebendgewicht 41—44 Mark, vollfleischige von 100—120 Kilogramm Lebendgewicht 40—44 Mark, vollfleischige Schweine von 80—100 Kilogramm Lebendgewicht 40—42 Mark, vollfleischige Schweine unter 80 Kilogramm Lebendgewicht 38—40 Mark, ausgewaschene Sauen 38—42 Mark, unreine Sauen und geschlachte Eber bis 36 Mark.

Militärnotiz

— **Vom militärischen „Beschwerderecht“.** Wir entnehmen dem „Vorwärts“: Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier fand dieser Tage eine Verhandlung statt, die geradezu gebietend die Notwendigkeit einer Reform des militärischen Beschwerderechts in Erscheinung treten ließ.

Angeklagt war ein Sergeant vom 7. Jägerregiment wegen Mißhandlung eines Untergeordneten im Dienst; er hatte beim Exerzieren am 15. Mai dem Rekruten Hingge, der ohne Verschulden nicht rasch in den Sattel kam, zu sich heranreiten lassen und verfehlte ihm eine derartige Ohrfeige, daß Hingge heftig blutete. Dieser Tatbestand wurde vom Angeklagten nicht bestritten. Der Rittmeister des Angeklagten, ein Herr v. Haefeler, sagte als Zeuge aus, der Angeklagte könne nur in der Erregung sich zu der Straftat haben verleiten lassen.

Da Hingge arg blutete, wollte er dies dem die Aufsicht führenden Offizier melden, damit er austreten könnte. Da aber sagte der Angeklagte zu Hingge: „Wenn Du das meldest, dann schlag ich Dir die Knochen kaputt.“

Das Gericht schätzte die Roheit des Sergeanten und die unerhörte Bedrohung des Rekruten mit 18 Tagen Mittelarrest. In der Begründung des Urteils wurde hervorgehoben, daß namentlich die Bedrohung deshalb nur mit sechs Tagen bestraft worden sei, weil das Verhalten des Rekruten, der sich sofort beschweren wollte, so durchaus unmilitärisch war, er hätte bis zum andern Tag warten sollen. Möglicherweise ist der

mißhandelte Rekrut auch noch disziplinarisch bestraft worden, und daß er seiner weiteren Dienstzeit nicht ohne Furcht entgegensteht, dafür hat schon die Gerichtsverhandlung den Beweis: Der als Zeuge erschienene Rittmeister v. Haefeler lobte nicht nur in allen Tonarten die vorzüglichen Eigenschaften des Angeklagten, er stellte auch den mißhandelten Rekruten in ein möglichst ungünstiges Licht, so daß der arme Rekrut nach Verurteilung des Urteils vor das Gericht trat und bat, man möge den Angeklagten nicht so hart bestrafen.

Aus der Partei

— **Bei den Stadtverordnetenwahlen in Karlsruhe** verlor unsere Partei ein Mandat. Künftig wird unsere Partei dort statt 15 14 Sitze haben. Außerdem sind 9 Fortschrittler, 15 Nationalliberalen, 9 Zentrumsleute und 1 Konservativer gewählt. Unser Mannheimer Parteiblatt schreibt dazu:

„... Einen Sitz mehr oder weniger im Stadtparlament, das dokumentiert schließlich auch nicht die Stärke und Geschlossenheit der Parteiführung, wohl aber gibt die geleistete Arbeit ein Spiegelbild dafür, ob eine Organisation gesund ist oder krank. Und in dieser Hinsicht scheint uns der Zeitpunkt wirklich gekommen zu sein, den Freunden in Karlsruhe das Gewissen zu schärfen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir damit nicht den Beifall aller Leser dieser Zeilen finden. Beispiele solcher Art, wie sie uns die Karlsruher Genossen liefern, wirken doch wahrhaftig nicht anfeuernd für die Genossen im Lande. Der Einwand, daß Karlsruhe eine Beamtenstadt ist und daß dieshalb nicht alles so gehen kann in der Parteiarbeit wie in einer ausgesprochenen Industriestadt, der ist nichtig von dem Augenblick ab, wo feststeht, daß die organisatorische Arbeit der Partei für die Wahl einfach gleich Null ist. Wir warteten seit drei Wochen darauf, was der „Volksfreund“ tun wird zur Aufstellung der Arbeitermassen, um wird, um die Arbeiter für die Wahl zu interessieren. Stoff hierfür gab es genug, geschätzt ist so viel wie nichts! Die Zurückweisung genereller Angriffe war auch alles, was zu tun man sich für verpflichtet hielt. Also von vornherein in die Defensive gestellt hat man sich. Man höre! Auf eine dumme Rede irgendeines bürgerlichen Schwächers antwortet der Volksfreund am 23. Mai, also zwei Tage vor der Wahl:

„Anders und ärger trieb es ein Herr Professor Fischer in der nationalliberalen Wählerversammlung im „Gottesaner Schloß“. Nach einem durchaus sachlichen Referat des Herrn Stadtrat Müller besiegte in der Diskussion auch besagter Herr Professor das Seil und „fennzeichnete“ laut Badischer Landeszeitung „die ziellose Agitation der Sozialdemokratie“. Leider gibt die Badische Landeszeitung nicht an, auf welches Material sich der Herr Diskussionsredner dabei stützte. Wahrscheinlich hielt er es aber selbst nicht für einwandfrei. Wie dem aber auch sei, wir müssen kurz und bündig den Vorwurf, wir würden eine ziellose Agitation betreiben, als eine Dreifachheit ohne gleichen bezeichnen. Unsere Partei hatte bis jetzt noch keine einzige Wählerversammlung, unser Flugblatt wird erst in diesen Tagen verbreitet, im Volksfreund beschränken wir uns darauf, einige Uebertreibungen der Gegner zurückzuweisen und richtig zu stellen, mütter brachten wir noch nichts als die Rede unseres Genossen Sauer. Und uns, die wir noch kaum im Wahlkampf hervortreten, während die anderen Parteien von Stadtteil zu Stadtteil ziehen, uns wirft der Herr Professor ziellose Agitation vor. Ein starkes Stück. Oder ist es etwa ziellos, wenn wir uns erlauben zu sagen, daß die Sozialdemokratie an der Entwicklung der Stadt auch ihren Teil verdient hat? Wenn wir sagen, daß die sozialdemokratische Fraktion ein Recht hat, auf ihre Arbeit auf dem Rathaus stolz zu sein? Wenn das schon ziellos ist, was sind dann erst die Tiraden, die in den bürgerlichen Versammlungen verapft werden? Aber der Herr Professor wird es ja nicht so schlimm gemeint haben.“

Da wird man einfach platt. Es fehlt nur noch die Entschuldigend bei den Liberalen, daß überhaupt eine sozialdemokratische Liste für die Wahl aufgestellt wurde.

Ist das eine Entschuldigung? Wusste man nicht, daß die Wahl in Aussicht stand? Und haben unsere Genossen im Stadtrat gar keinen Einfluß, um zu verhindern, daß die Wähler, ach nein, daß die Führer der Parteien überumpelt werden?

Manches ist über dies Thema noch zu sagen. Es zu tun, wollen wir denen überlassen, die die Pflicht dazu in erster Linie haben. Unsere Forderung ist: Auch in Karlsruhe muß mehr an die Arbeit gedacht werden. Mit schönen Reden allein kommen wir nicht vorwärts.

Der Chefredakteur des Karlsruher Volksfreund ist der Genosse K o l b, dessen „staatsmännische Klugheit“ die liberale Presse so rühmt. Der Karlsruher Volksfreund hat es jetzt als seinen K u m für sich in Anspruch genommen, daß er fast nichts getan hat, um die Stadtverordnetenwahlen zur Aufklärung und Aufrechterhaltung der Volksmassen zu benutzen. Daß die Agitation der Gegner die unsrige weitaus übertraf, lobt der Volksfreund als einen Beweis der Wahlständigkeit unserer Partei, deren tugendhafte Zurückhaltung und kampfescheuende Verführbarkeit nur liberale Verleumder verkennen können. Die es aber bei der bekannten Gutmütigkeit süddeutscher Liberaler nicht so schlimm gemeint haben können. Der Revisionismus à la Kolb versagt nicht nur in prinzipieller Hinsicht, verkennt nicht nur die Wirklichkeit, indem er durch Liebenswürdigkeit zu erreichen hofft, was nur durch Steigerung der Macht des Proletariats erreichbar ist, hemmt nicht nur die Vorbereitung der großen historischen Aufgaben des auf sich selbst gestellten Proletariats, sondern eilt auch in der Gegenwart von Niederlage zu Niederlage. Dem Rückgang bei den badischen Landtagswahlen folgte der selbstverschuldete Rückgang bei den Karlsruher Stadtverordnetenwahlen, den man heraufbeschwor, indem man, um nur ja nicht „zügellost“ zu agieren, gar nicht agitierte.

Eine liberale Verleumdung zurückgewiesen

Der Vorsitzende der liberalen Parteiführung in Bayreuth, ein Realschullehrer Dr. Hiendlmayer, hatte den Genossen Hade von der Fränkischen Volkstribüne in Bayreuth wegen Beleidigung verklagt, weil unser Parteiblatt die Behauptung Hiendlmayers: „der Sozialdemokratie sei kein Mittel zu schlecht, sie schreie selbst vor einem Meicid nicht zurück“, energisch zurückgewiesen hatte. Das Schöffengericht hatte Hade freigesprochen. Zu dem gleichen Urteil kam das Landgericht als Berufungsinstanz und jetzt auch das Oberste Landesgericht in München als Revisionsinstanz.

Aus aller Welt

— **Das Opfer eines Jungdeutschlandbündlers.** Der Unfug, sich mit Waffen zu versehen und davon bei allen möglichen Gelegenheiten Gebrauch zu machen, wie er in letzter Zeit oft genug bei Mitgliedern des Jungdeutschlandbundes bemerkt wurde, hat am zweiten Feiertage in der Nähe Berlins wieder ein Opfer gefordert. In der Grünauer Forst, unweit des Lokals „Marienlust“, spielten am zweiten Feiertag früh um 10 Uhr

drei junge Leute, die dort scheinbar übernachtet hatten, irgendein Kriegsspiel, wobei sie auch mit Schusswaffen aufeinander loskamen. Mäßig brach der eine, ein etwa 15jähriger Knabe, mit dem Schrei zusammen: „Du hast mich in die Brust getroffen.“ Ein Segler, der sich in der Nähe in seinem Zelt befand, eilte hinzu und brachte den Schwerverletzten, dem eine Kugel in die Magengegend eingebracht war, nach dem Lokal „Marienlust“, dessen Besitzer den Getroffenen mittels Wagen nach dem Cöpenicker Krankenhaus bringen ließ. Der Attentäter, ein junger Mensch von etwa 16 Jahren, der eine Uniform des Jungdeutschlandbundes trug, hatte sich schnell aus dem Staube gemacht. Seinen Namen anzugeben hatte er sich geweigert. Er war auch schon vor dem Vorfall von dem Segler darüber zur Rede gestellt worden, daß er im Walde ein Feuer anzündete. Die Antwort, die er gab, lautete charakteristisch: „Ich bin vom Jungdeutschlandbund, wir dürfen das!“ — Der ganze Vorgang zeigt wieder, welche Früchte die Erziehung der Jugend im Jungdeutschlandbunde zeitigt. Das Treiben dieser „ertüchtigten“ Jelden wächst zu einer öffentlichen Gefahr aus, wenn seitens der Behörden nicht bald wenigstens ein nur annähernd so großer Eifer gegen das Auftreten der Jungdeutschlandbündler entfaltet wird wie gegen die Arbeiterjugend.

— **Ein Flieger verunglückt.** Aus Sesto Calends wird gemeldet: Der Flieger Cevasco ist mit einem Wasserflugzeug ins Meer gestürzt und ertrunken.

— **Die Pocken.** Nach einer Meldung aus Mazatlan sind in Culacan im Staate Sinaloa die Pocken ausgebrochen. Die Sterblichkeit in der Garnison der Konstitutionalisten soll groß sein.

— **Verhaftung eines Theaterdirektors.** Auf dem Leichter Bahnhof in Berlin erregte in der Nacht die Verhaftung eines früheren Theaterdirektors Aufsehen, der im Begriffe steht, die Leitung eines Hamburger Institutes zu übernehmen.

— **Zweikampf im Gefängnis wegen eines Stückes Schwarzbrot.** In Palermo gerieten zwei Insassen des Gefängnisses wegen eines Stückes Schwarzbrot in einen Streit. Sie forderten sich zum Zweikampf. In Gegenwart von 18 anderen Gefangenen steckten sie die Distanz ab und gingen dann mit zugespitzten Gitterstäben vom Fenster aus aufeinander los. Im zweiten Gang stürzte der eine mit durchbohrtem Herzen tot nieder. Der Gegner stellte sich dem Gefängnisdirektor.

— **Von 444 Opfern der Katastrophe auf dem Corenzstrom** sollen bis jetzt 99 identifiziert sein. Stortiad soll zehntausend Tonnen geladen haben, obwohl er nur für 6000 registriert war.

Die Times melden aus Montreal vom 1. Juni: Es wird jetzt erklärt, daß die Empress wahrscheinlich gehoben werden kann. Sie liegt zur Flutzeit 29 Faden tief, während der Ebbe zählt man nur 9 Faden über dem obersten Teil des Schiffes. Das Unterhaus in Kanada nahm eine Bill über die Einlegung einer Kommission zur Untersuchung des Unglücks auf dem Corenzstrom an.

— **Infolge Versagens der Steuerung** raste in Berlin ein Automobilomnibus in das Schaufenster eines Herrenkleidergeschäftes. Die Insassen des Kraftwagens kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

— **Automobilunglück.** Auf dem Havelsee bei Potsdam fuhr ein kleines Privatautomobil infolge Defektes gegen einen Baum. Während der Fahrer unverletzt blieb, wurde der Passagier verletzt und in bewußtlosem Zustand nach der Unfallstation gebracht. Der Name des Verunglückten ist noch nicht festgestellt. Das Automobil geriet durch eine Explosion des Benzinbehälters in Brand.

— **Feuer in der Grube.** Auf den India-Bergwerken der südrussischen Dnjepr-Metallurgie-Gesellschaft brennt ein Kohenschacht. Da auch der Schachtüberbau in Brand steht, ist die Herausbeibringung der unten befindlichen Bergleute zurzeit unmöglich und ihr Leben ist gefährdet.

Die gesamte Belegschaft der in Brand geratenen India-Bergwerke der Dnjepr-Metallurgie-Gesellschaft, insgesamt 240 Mann, konnte sich durch einen Nebenschacht in Sicherheit bringen.

— **Familienkatastrophe.** Der Leiter der Neu-Kölner Kriminalpolizei Polizeirat Dr. Weich vergiftete in seiner Wohnung zu Friedenau in Abwesenheit seiner Gattin sich und seine zehnjährige Tochter mit Zyanid.

— **Liebesdrama.** In Berlin erschoss der 24jährige Arbeiter Joseph Fabisch die unverheiratete Sophie Zimasta in ihrer Wohnung in der Poststraße Nr. 14 und dann sich selbst. Das Motiv der Tat dürfte die angeordnete Lösung des Verhältnisses sein.

— **Messerschere.** In Fricolithe bei Oldenburg kam es beim Schluß des Pfingstmarktes zu einer Messerschere, bei der zwei Arbeiter tödlich verletzt wurden. Die Gendarmerie hat fünf der als Täter in Frage kommenden Personen verhaftet.

— **Eine neue Art der Fortpflanzung.** Mit Staunen las es der Ungläubige in den frommen Zeitungen Berlins, daß man am Kirchensonntag über 60 000 Kirchenbesucher gezählt habe. Das Staunen wurde noch größer, als man bald darauf im Reichsboten erfuhr, daß es in Wahrheit nicht 60 000, sondern sogar 80 000 Kirchenbesucher gewesen waren. Nun prophesie das Komitee „Konfessionslos“, daß man demnächst uns wohl über 100 000 Besucher vorrechnen werde. Und richtig, in der letzten Woche saßen wir im Reichsboten, daß es nach endgültiger mühevoller Zählung über 100 000 waren. Wenn das so weiter geht, werden es mehr Kirchenbesucher als Einwohner in Berlin sein.

Hierzu 1 Beilage.

Verantwortlich für die Rubriken „Danziger Nachrichten“ und „Aus Westpreußen“ Anton Jochen-Danzig, für den übrigen Inhalt des Samtes Hans Wittwisch-Königsberg i. Pr., zur Unterzeichnung: Hans Wittwisch-Königsberg i. Pr., Verlag Volkswacht N. Gehl m. Co.-Danzig, Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Ein Knaben-
Wach-Anzug
Größe 1 bis 4
95 Pf.

95 Pf.

Goldstein's
95 Pf.-Tage

1.95

Trikot-
Sweater-Anzug
1.95

Elegante
Damen-Blusen
weiß und farbig
95 Pf.

Leinen-
Unterrock
mit pliss Volant
95 Pf.

Russ. Leinen-
Kissen-Platten
fertig gestricke
mit Franzen
95 Pf.

Damen-Hemd
mit
Sticker-Passe
95 Pf.

Kinder-
Bade-Anzug
95 Pf.

5 Meter
Stuben-Läufer
95 Pf.

3 1/2 Meter
Handtuchstoff
95 Pf.

3 Paar Schlinger
Messer u. Gabeln
95 Pf.

bieten die größten Vorteile!

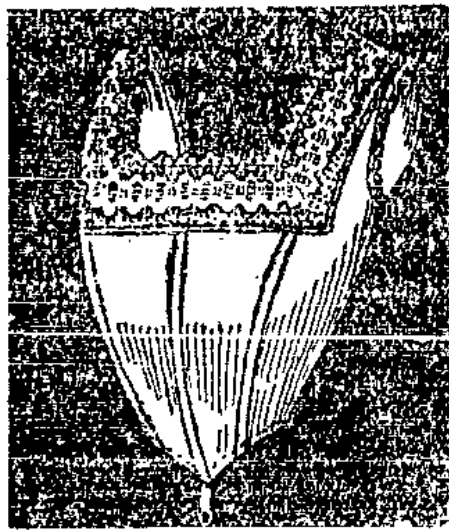
1 Herren-Normal-Hemd oder Hose	95 Pf.
1 Herren-Macchomd oder Hose	95 "
1 Herren-Sport-Mütze	95 "
1 Herren-Westongürtel	95 "
1 Spazierstock mit weissem Griff	95 "
1 weiche Garnitur Serviteur und Manschotten	95 "
2 Cravatten, verschiedene Formen	95 "
4 Leinenkragen	95 "
1 abwaschbares Serviteur	95 "
1 abwaschbarer Kragen	
1 Lederaport-Tresor	95 "
4 Paar Schweißsocken	95 "
3 Paar geringelte Socken	95 "
4 Paar Damen-Strümpfe	95 "
2 Paar durchbrochene Strümpfe	95 "
1 Leinen-Unterrock	95 Pf.
1 Barchond-Unterrock	95 "
1 Spiral-Corset	95 "
1 gestricke Hemd-Hose	95 "
1 Knie-Hose m. Stickerei- Volant	95 "
1 Nachjacke, weiß oder farbig	95 "
1 weißer Unterrock mit Stickerei-Volant	95 "
1 schwarze Blusen-Schürze	95 "
1 Satin-Teeschürze mit türkischem Einsatz	95 "
1 Teeschürze aus Stickereistoff	95 "
1 weiße Kinderschürze mit Stickerei-Einsatz, bis 70 cm	95 "
1 schwarze Kinderschürze reich garniert, bis 80 cm	95 "
1 Matrosen-Mütze mit gesticktem Band	95 "
1 Strohmütze	95 Pf.
1 Dtzd. Taschentücher mit breiter Kante	95 "
1 1/2 Dtzd. Taschentücher mit Buchstaben	95 "
1 Dtzd. Imit. Ledertücher	95 "
4 1/2 Meter gute Stickerei	95 "
1 ausziehbarer Gardinen-Stange	95 "
1 Marktasche	95 "
1 Verlängerungs-Tasche	95 "

1 elegantes Fantasie-De Ann-Hemd	1.95
1 elegantes Knie-Beinkleid mit Banddurchzug	1.95
1 weiße Reform-Knabenhose mit Stickerei-Volant	1.95
1 Combination, reich mit Stickerei	1.95
1 Satin-Unterrock mit plissiertem Volant	1.95
1 schwarze Rock-Schürze	1.95
1 schwarze Reform-Schürze	1.95
1 Costüm-Rock	1.95
1 Direktolr-Corset, beste Ausführung	1.95
1 Herren-Macco-Einsatz-Hemd	1.95
1 Dutzend Batist-Taschentücher, gewaschen, fertig zum Gebrauch	1.95
1 Regenschirm, Gloria	1.95
1 Stickerei-Wagendecke	1.95
1 Waffel-Bettdecke	1.95
1 Strohsack, 2 Personen	1.95

Costum-Rock mit Knöpfen garniert 95 Pf.



Untertaille 95 Pf.
prima Ausführung



Amerik. Untertaille 95 Pf.
mit Fischbein-Stangen

Verschiedene Holzsachen.

Küchenbrett	95 Pf.
Holzbrett mit Stampfer u.w., Steilig	95 "
Wichskasten, gefüllt, 1 Putzluch, 1 Schuhbürste, 1 Einreibebrüste, 1 Dose Schuhcreme	95 "
1 Rucksack m. Vortasche	1.95 und 95 "
1 Waschiene, 30 Meter	95 "
1 Waschiene, 20 Meter u.	95 "
1 Schock Klammern	95 "
1 Roßhaarbesen	95 "
1 Roßhaar-Handfeger, pol. Holz, zusammen	95 "
1 Glasbürste m. Ständer und Schlüssel	95 "
1 Dutzend prima Fettseife	95 "

1 Rasier-Garnitur	95 "
5 prima Scheuertücher	95 "
1 Rasier-Apparat	95 Pf.
1 Rasier-Garnitur mit Spiegel, Bürste, Schale	
1 Bettvorleger	95 Pf.
2 Tennis-Bälle und 2 Tennis-Schläger	95 Pf.

Julius Goldstein

Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Achtung! Jahreshilfe Danzig. Mitglieder!

Am Sonntag den 7. Juni:
Gemeinsamer Ausflug nach
Piehlendorf-Brentau-Cliva.
Abmarsch 6 Uhr 30 Minuten vom Klubsaal.
Jahreshilfe Danzig erwartet.
Die Ortsverwaltung. J. M. Fröngel.

Außergewöhnliches Angebot

Mensch der Urzeit	früher 2.00 Mk., jetzt 0.60 Mk.
50 Meisternovellen, mit Bildern	2.00 " 0.60 "
Menschenschicksale	2.00 " 0.60 "
Im Kampf der Grossstadt	2.00 " 0.50 "
Fremdenlegionär	1.50 " 0.50 "
Fahrt um die Erde	4.00 " 0.80 "
Neueste Witzbücher	1.00 " 0.25 "

Durch außerordentlich günstigen Einkauf sind wir in der Lage
zu zeigen, dass die Bücher abgerufen zu können, jedoch nur so liegen
der Wert steht.
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse 32

Karl Rautsch: Der Weg zur Macht.
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Elbing

Sozialdemokratischer Verein
für Elbing und Umgegend.

Die Mitglieder-Versammlung am
Donnerstag den 4. Juni fällt aus
und findet am

Donnerstag den 11. Juni
statt.

Die Parteileitung.

Wintergarten.

Täglich Willy Haase Burlesken

Falsch verbunden

Leichte Kavallerie

Monsieur Valila mit seinen Riesentiergeräuschen und außerdem
noch sieben erstklassige Varieté-Spezialisten in diesem glänzenden
Programm. (518)
Vorverkauf: Zigarrengeschäft A. Obst, Heilige Geistgasse 13 und
Gebüder Weigel, Stadtgraben 8.

Uhren in Gold und Silber. Uhrketten, Ringe,
Broschen, freischwinger, Regulateure
empfehlen billigst (584)
Uhrenhandlung und Leihanstalt
E. Lewandowski Wwe., Breitgasse 85.

Möbel jeder Art kauft
und verkauft
Franz Reinsdorf, Tobias-
gasse 6.

F. Kuhn, Waffertstr.
Nr. 80,
empfehlen für
Hut- und Mützengeschäft.

Herren-Anzüge

billig zu verkaufen (499)
Mühlbannergasse 15, 1 Tr.